

Offenlegungsbericht der Sparkasse KölnBonn

Offenlegung gemäß CRR zum 31.12.2015

Sparkasse KölnBonn

Land Nordrhein-Westfalen • Regierungsbezirk Köln

Gegründet 1826

Kreditanstalt des öffentlichen Rechts

Träger der Sparkasse KölnBonn ist der Sparkassenzweckverband

"Zweckverband Sparkasse KölnBonn"

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Informationen	1
1.1	Einleitung.....	1
1.2	Allgemeine Grundsätze	1
1.3	Anwendungsbereich (Art. 436 und 13 CRR, § 26a KWG)	2
1.4	Offenlegung gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (§ 35 SAG)	4
2	Risikomanagement (Art. 435 CRR)	4
2.1	Angaben zum Risikomanagement und zum Risikoprofil (Art. 435 (1) CRR).....	4
2.2	Angaben zur Unternehmensführung (Art. 435 (2) CRR).....	5
3	Eigenmittel (Art. 437 CRR)	6
3.1	Eigenkapitalüberleitungsrechnung	6
3.2	Hauptmerkmale sowie vollständige Bedingungen der begebenen Kapitalinstrumente	7
3.3	Art und Beträge der Eigenmittelelemente	8
4	Eigenmittelanforderungen (Art. 438 CRR)	14
5	Kreditrisiko (Art. 442 CRR).....	15
5.1	Angaben zur Struktur des Kreditportfolios (Art. 442 Buchstaben c) bis f) CRR).....	15
5.2	Angaben zu überfälligen sowie notleidenden Positionen und zur Risikovorsorge	18
6	Inanspruchnahme von Bonitätsbeurteilungen externer Ratingagenturen (Art. 444 CRR)...	21
7	Beteiligungen im Anlagebuch (Art. 447 CRR)	23
8	Verbriefungen (Art. 449 CRR)	24
9	Kreditrisikominderungstechniken (Art. 453 CRR).....	27
10	Marktrisiko (Art. 445 CRR)	29
11	Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (Art. 448 CRR)	29
12	Gegenparteiausfallrisiko (Art. 439 CRR)	29
13	Operationelles Risiko (Art. 446 CRR)	32
14	Belastete und unbelastete Vermögenswerte (Art. 443 CRR)	32
15	Verschuldung (Art. 451 CRR)	33
16	Informationen zum Vergütungssystem nach § 7 Institutsvergütungsverordnung (a. F.).....	36
16.1	Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Institutsvergütungsverordnung (a. F.)	36
16.1.1	Allgemeine Angaben zum Vergütungssystem.....	36
16.1.2	Geschäftsbereiche	36
16.1.3	Ausgestaltung des Vergütungssystems	36
16.1.4	Vorstandsvergütung	38
16.1.5	Einbindung externer Berater.....	38
16.2	Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Institutsvergütungsverordnung (a. F.)	38
16.3	Nachgeordnete Unternehmen gemäß § 10a KWG.....	39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Drei-Säulen-Ansatz von Basel III	1
--	---

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Konsolidierungsmatrix.....	3
Tabelle 2: Anzahl der von Mitgliedern des Leitungsorgans bekleideten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen zum 31. Dezember 2015 gem. Art. 435 (2) Buchstabe a) CRR	5
Tabelle 3: Eigenkapital-Überleitungsrechnung gem. Art. 437 (1) Buchstabe a) CRR.....	7
Tabelle 4: Art und Beträge der Eigenmittelelemente gem. Art. 437 (1) Buchstaben d) und e) CRR	13
Tabelle 5: Kapitalquoten	13
Tabelle 6: Ausmaß der Überschreitung der Mindesteigenmittelanforderungen für die Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn	13
Tabelle 7: Eigenmittelanforderungen nach Risikoarten und Risikopositionsklassen gem. Art. 438 CRR	14
Tabelle 8: Gesamtbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen gem. Art. 442 Buchstabe c) CRR	15
Tabelle 9: Risikopositionen nach geografischen Hauptgebieten gem. Art. 442 Buchstabe d) CRR	16
Tabelle 10: Risikopositionen nach Hauptbranchen gem. Art. 442 Buchstabe e) CRR	17
Tabelle 11: Risikopositionen nach Hauptbranchen gem. Art. 442 Buchstabe e) CRR	17
Tabelle 12: Risikopositionen nach vertraglichen Restlaufzeiten gem. Art. 442 Buchstabe f) CRR.....	18
Tabelle 13: Notleidende und überfällige Risikopositionen nach Branchen gem. Art. 442 Buchstabe g) CRR	19
Tabelle 14: Notleidende und überfällige Risikopositionen nach geografischen Gebieten gem. Art. 442 Buchstabe h) CRR.....	20
Tabelle 15: Entwicklung der Risikovorsorge gem. Art. 442 Buchstabe i) CRR	20
Tabelle 16: Nominierte Ratingagenturen je Risikopositionsklasse	21
Tabelle 17: Risikopositionswerte vor Kreditrisikominderung gem. Art. 444 Buchstabe e) CRR	22
Tabelle 18: Risikopositionswerte nach Kreditrisikominderung gem. Art. 444 Buchstabe e) CRR	23
Tabelle 19: Wertansätze für Beteiligungsinstrumente gem. Art. 447 CRR.....	24
Tabelle 20: Realisierte und unrealisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungsinstrumenten gem. Art. 447 Buchstabe d) und e) CRR.....	24
Tabelle 21: Gesamtbetrag der gekauften Verbriefungen.....	26
Tabelle 22: Kapitalanforderungen für gekaufte Verbriefungspositionen.....	26
Tabelle 23: Besicherte Positionswerte gem. Art. 453 Buchstabe f) CRR.....	28
Tabelle 24: Zinsänderungsrisiko gem. Art. 448 Buchstabe b) CRR.....	29
Tabelle 25: Positive Wiederbeschaffungswerte gem. Art. 439 Buchstabe e) CRR.....	30
Tabelle 26: Betrag des anzurechnenden Gegenparteiausfallrisikos gem. Art. 439 Buchstabe f) CRR	31
Tabelle 27: Kreditderivate nach Arten von Ausfallrisikopositionen gem. Art. 439 Buchstabe g) CRR	31
Tabelle 28: Nominalbeträge der Kreditderivategeschäfte gem. Art. 439 Buchstabe h) CRR.....	31
Tabelle 29: Belastete und unbelastete Vermögenswerte	32
Tabelle 30: Erhaltene Sicherheiten.....	33
Tabelle 31: Erhaltene Sicherheiten und damit verbundene Verbindlichkeiten	33
Tabelle 32: Summarischer Vergleich zwischen Bilanzaktiva und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (LRSum)	34
Tabelle 33: Einheitliches Offenlegungsschema für die Verschuldungsquote (LRCom).....	35
Tabelle 34: Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und ausgenommen Risikopositionen) – (LRSpl).....	35
Tabelle 35: Geschäftsbereiche der Sparkasse KölnBonn	36
Tabelle 36: § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV (a. F.)	37
Tabelle 37: § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV (a. F.)	38

1 Allgemeine Informationen

1.1 Einleitung

Seit der Überarbeitung der aufsichtsrechtlichen Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im Jahr 2004 besteht das Grundkonzept aus drei sich ergänzenden Säulen. Die dritte Säule ergänzt die quantitativen Vorgaben der ersten Säule (insbesondere Mindestkapitalanforderungen) und das interne Risikomanagement sowie das Überprüfungsverfahren der Bankenaufsicht (zweite Säule). Mit der dritten Säule verfolgt die Aufsicht das Ziel, die Marktdisziplin zu erhöhen, indem Marktteilnehmern wesentliche Informationen zum Risikoprofil eines Instituts zugänglich gemacht werden. Das Grundkonzept der drei sich ergänzenden Säulen wurde unter Basel III beibehalten. Durch die seit dem 1. Januar 2014 verschärften Anforderungen an die Institute soll zukünftig die Stabilität der nationalen und internationalen Finanzsysteme sichergestellt werden.

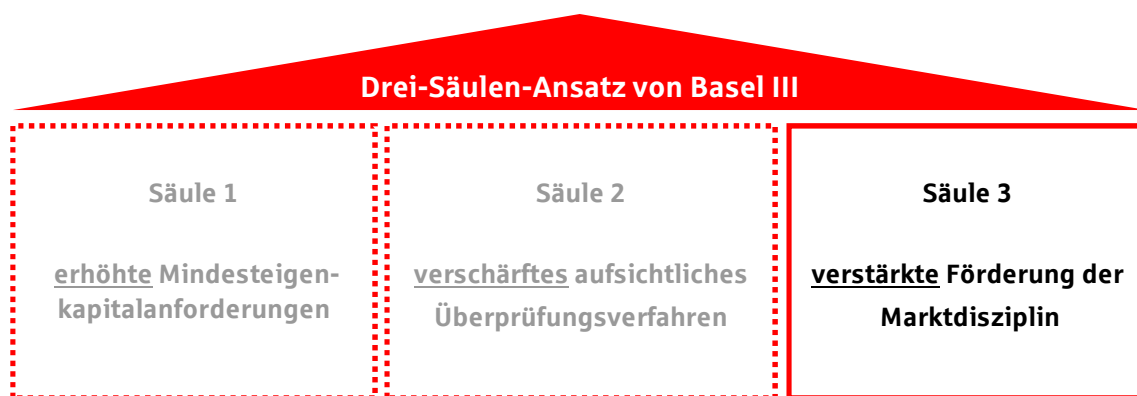


Abbildung 1: Drei-Säulen-Ansatz von Basel III

In Deutschland wurden die erweiterten Offenlegungsanforderungen der dritten Säule zum 1. Januar 2007 mit dem neuen § 26a KWG und der Einführung der Solvabilitätsverordnung (SolV) in nationales Recht umgesetzt. Seit dem 1. Januar 2014 gelten in der gesamten Europäischen Union die Offenlegungsanforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR), die die bisherigen SolV-Vorgaben abgelöst haben. Die bislang in § 7 InstitutsVergV a. F. geregelte Offenlegung von Informationen zur Vergütungspolitik findet sich nun ebenfalls in der CRR wieder.

Der vorliegende Offenlegungsbericht ermöglicht es dem Adressaten, sich ein umfassendes Bild über das Risikoprofil der Sparkasse KölnBonn zu verschaffen. Er beinhaltet insbesondere Angaben über

- das allgemeine Risikomanagementsystem der Sparkasse KölnBonn,
- das Risikomanagement in Bezug auf einzelne Risikoarten,
- die Struktur der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel und Risikopositionen,
- den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis,
- die Belastung von Vermögenswerten,
- die Verschuldung sowie
- die Vergütungspolitik.

1.2 Allgemeine Grundsätze

Die Sparkasse KölnBonn kommt als übergeordnetes Institut den Offenlegungspflichten der Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn zum Teil durch den handelsrechtlichen Jahresabschluss und den Lagebericht nach. Der vorliegende Offenlegungsbericht enthält darüber hinausgehende nach CRR erforderliche Angaben. Hinsichtlich der nicht in diesem Dokument veröffentlichten Angaben enthält der Offenlegungsbericht entsprechende Verweise auf den Lagebericht bzw. Jahresabschluss.

Den quantitativen Angaben des Offenlegungsberichtes zu den Beteiligungen und zur Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen) liegen Bilanzwerte zugrunde. Diese wurden dem Jahresabschluss 2015 entnommen. Alle anderen quantitativen Angaben beziehen sich auf die bankaufsichtlichen Meldedaten per 31. Dezember 2015.

Für die qualitativen Angaben zu den Beteiligungen wurde ebenfalls der Jahresabschluss herangezogen. Die im Bericht genannten Zahlen basieren auf dem Handelsgesetzbuch (HGB), welches die Grundlage für die Erstellung der aufsichtsrechtlichen Meldungen der Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn ist. Die Offenlegung erfolgt stichtagsbezogen analog des Geschäftsjahres zum 31. Dezember.

Neben der Offenlegung selbst sind zur Überprüfung von Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Offenlegungspraxis formelle Verfahren einzurichten. Die Sparkasse KölnBonn hat daher Rahmenvorgaben für die Erstellung des Offenlegungsberichtes implementiert, die den übergeordneten, strategischen Teil des Anweisungswesens regeln. Ferner wurden Prozesse entwickelt, die eine ordnungsgemäße Umsetzung der Offenlegungsanforderungen sichern, Verantwortlichkeiten regeln und eine lückenlose Dokumentation gewährleisten.

Um einzelfragenbezogene Auskunftspflichten gegenüber Unternehmen gemäß Artikel 431 Absatz 4 CRR zu erfüllen, hat die Sparkasse KölnBonn einen Prozess implementiert, der eine zeitnahe Bearbeitung der Kundenanfragen gewährleistet.

Die Sparkasse KölnBonn macht von den Ausnahmeregelungen gemäß Artikel 432 CRR Gebrauch, bestimmte nicht wesentliche und vertrauliche Informationen bzw. Geschäftsgeheimnisse von der Offenlegung auszunehmen.

Eine Prüfung der Angemessenheit bei der Nicht-Offenlegung von nicht wesentlichen oder vertraulichen Informationen bzw. Geschäftsgeheimnissen wurde gemäß den Vorgaben im BaFin-Rundschreiben 05/2015 (BA) durchgeführt und entsprechend dokumentiert.

Folgende Ausnahmen wurden angewendet:

- Kundenbezogene Informationen, die Rückschlüsse auf Kunden zulassen könnten, wurden nicht offengelegt. Begründung: Es werden vertragliche, datenschutzrechtlich relevante Inhalte geschützt.

Davon unabhängig besitzen folgende Offenlegungsanforderungen der CRR aktuell keine Relevanz für die Sparkasse KölnBonn:

- Artikel 440 CRR (Antizyklische Kapitalpuffer waren im Jahr 2015 nicht aufzubauen.)
- Artikel 441 CRR (Die Sparkasse KölnBonn ist kein global systemrelevantes Institut.)
- Artikel 452 CRR (Für die Ermittlung der Kreditrisiken wird nicht der Internal Ratings-Based Approach (IRB-Ansatz), sondern der Kreditrisikostandardansatz (KSA) zugrunde gelegt.)
- Artikel 454 CRR (Die Sparkasse KölnBonn verwendet keinen fortgeschrittenen Messansatz für operationelle Risiken.)
- Artikel 455 CRR (Die Sparkasse KölnBonn verwendet kein internes Modell für das Marktrisiko.)

Gemäß Artikel 433 CRR hat die Veröffentlichung des Offenlegungsberichtes mindestens einmal jährlich zu erfolgen.

Die Sparkasse KölnBonn hat gemäß Artikel 433 Satz 3 CRR sowie den Vorgaben im BaFin-Rundschreiben 05/2015 (BA) geprüft, ob die Offenlegung mehr als einmal jährlich ganz oder teilweise zu erfolgen hat. Die Prüfung der Sparkasse KölnBonn hat ergeben, dass eine jährliche Offenlegung ausreichend ist. Sofern anlassbezogene Situationen oder neue gesetzliche Regelungen eintreten, ist eine erneute Prüfung der Offenlegungsfrequenz notwendig.

Die offen zu legenden Informationen werden jährlich ausschließlich auf der Homepage der Sparkasse KölnBonn veröffentlicht.

Der Offenlegungsbericht bleibt mindestens bis zur Veröffentlichung des folgenden Offenlegungsberichtes auf der Homepage der Sparkasse KölnBonn jederzeit zugänglich. Der elektronische Zugang zum Offenlegungsbericht ist ohne namentliche Registrierung möglich.

1.3 Anwendungsbereich (Art. 436 und 13 CRR, § 26a KWG)

Die Sparkasse KölnBonn ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in der Hahnenstraße 57, 50667 Köln. Träger der Sparkasse KölnBonn ist der "Zweckverband Sparkasse KölnBonn", dessen Mitglieder die Stadt Köln und die Bundesstadt Bonn sind. Die Sparkasse KölnBonn ist im HRA 7961 des Amtsgerichts Köln eingetragen. Ihr Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

In dem bei der Offenlegung zugrunde zu legenden bankaufsichtlichen Konsolidierungskreis gemäß § 10a KWG in Verbindung mit den Artikeln 13 und 18 ff. CRR steht die Sparkasse KölnBonn in der Gruppenhierarchie zuoberst. Die in den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen dienen im Wesentlichen dem Unternehmenszweck Eingehen von Beteiligungen und der Erfüllung von Sparkassenaufgaben.

Da sich die Offenlegungsanforderungen im Fall von Institutsgruppen an das Mutterunternehmen richten, sind gruppenangehörige Unternehmen von der Offenlegung auf Teilkonzern- oder Einzelinstitutsebene befreit, sofern keine Publizitätsverpflichtungen von bedeutenden Tochterunternehmen gemäß Artikel 13 CRR bestehen. Unter Berücksichtigung des Artikels 13 CRR wurden keine bedeutenden Tochterunternehmen identifiziert.

In Ermangelung eines handelsrechtlichen Konsolidierungskreises ist eine Erläuterung der Unterschiede der Konsolidierungsbasis für Rechnungslegungs- und Aufsichtszwecke nicht erforderlich.

Vorhandene oder abzusehende wesentliche tatsächliche oder rechtliche Hindernisse für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten existieren innerhalb der Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn nicht.

Die Sparkasse ist das einzige Einlagenkreditinstitut der Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn. Daher entfallen Angaben zu Tochtergesellschaften gemäß Artikel 436 Buchstabe d) CRR.

Die in Artikel 436 Buchstabe e) i. V. m. Artikel 7 und 9 CRR genannten möglichen Ausnahmen für gruppenangehörige Unternehmen (Waiver-Regelungen) werden nicht in Anspruch genommen.

31.12.2015	Konsolidierung	
	voll konsolidiert	quotalt konsolidiert
Kreditinstitute		
Sparkasse KölnBonn (Mutterunternehmen), Köln	x	
Finanzinstitute		
EWf Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln	x	
EWf2 Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, München		x
Golding Capital 2 GmbH & Co. KG, München		x
ProBonnum GmbH, Bonn	x	
RSOB Rheinische Sparkassen Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf		x
S BeteiligungsKapital KölnBonn GmbH, Köln	x	
S MittelstandsKapital KölnBonn GmbH, Köln	x	
Anbieter von Nebendienstleistungen		
GKS - Gesellschaft für KontoService mbH, Köln	x	
S RheinEstate GmbH, Köln	x	

Tabelle 1: Konsolidierungsmatrix

Insgesamt wurden neben dem Mutterunternehmen Sparkasse KölnBonn sechs gruppenangehörige Unternehmen in die Vollkonsolidierung und drei in die quotal Konsolidierung einbezogen.

Drei für die Institutsgruppe unwesentliche Gesellschaften werden als Abzugsposten vom Eigenkapital einbezogen. Gruppenangehörige Unternehmen waren nicht als risikogewichtete Beteiligungen zu berücksichtigen.

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die Anforderung gemäß § 26a Absatz 1 Satz 1 KWG.

Die Geschäftsorganisation der Sparkasse KölnBonn stellt für die Institutsgruppe die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten und des Corporate Governance Kodex für Sparkassen in NRW sicher. Sie umfasst sowohl die zentrale Festlegung von Melde- und Organisationspflichten für die gruppenangehörigen Unternehmen als auch eine stetige Beobachtung und Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn verfügt über

angemessene interne Kontrollverfahren. Darüber hinaus werden gruppenweite Regelungen in Form von einheitlichen Vorgaben und Standards getroffen.

Der Vorstand leitet die Sparkasse KölnBonn in eigener Verantwortung und bestimmt die Geschäfts- und Risikostrategie. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung. Der Vorstandsvorsitzende regelt die Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstandes gemäß der Geschäftsanweisung für den Vorstand. Unternehmerische Entscheidungen sind langfristig an der Sicherstellung der Erfüllung des öffentlichen Auftrages auszurichten. Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung der Sparkasse KölnBonn, erörtert sie mit dem Verwaltungsrat und sorgt für die Umsetzung. Darüber hinaus hat der Vorstand für die Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften und sparkasseninternen Richtlinien zu sorgen und wirkt auf deren Beachtung hin. Er verantwortet ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling und informiert den Verwaltungsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Sparkasse KölnBonn relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik und überwacht die Geschäftsführung. Das vorsitzende Mitglied des Verwaltungsrats koordiniert die Arbeit im Verwaltungsrat. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden gemäß den Bestimmungen des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen gewählt.

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohle der Sparkasse KölnBonn eng zusammen und beachten die Grundsätze ordnungsgemäßer Unternehmensführung.

Die Angaben gemäß § 26a Absatz 1 Satz 2 und 4 KWG können der Anlage zum Jahresabschluss bzw. dem Lagebericht der Sparkasse KölnBonn entnommen werden.

1.4 Offenlegung gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (§ 35 SAG)

Institutgruppen mit einem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis müssen weiterführende Offenlegungsanforderungen gemäß § 35 Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) erfüllen.

Nach Prüfung der Vorgaben aus dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ergeben sich für die Sparkasse KölnBonn keine Offenlegungspflichten gemäß § 35 SAG.

2 Risikomanagement (Art. 435 CRR)

2.1 Angaben zum Risikomanagement und zum Risikoprofil (Art. 435 (1) CRR)

Die Risikolage der Institutgruppe wird maßgeblich durch die Geschäftstätigkeit des übergeordneten Einzelinstituts Sparkasse KölnBonn bestimmt. Das Risikomanagement der Sparkasse KölnBonn nimmt die Aufgaben der Risikocontrolling-Funktion im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wahr. Mitarbeiter des Zentralbereiches Risikomanagement sind für die Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig. Dieser Bereich ist dem Vorstandsdezernat "Organisation, Finanzen, Controlling sowie Produkt- und Risikomanagement" zugeordnet und von den Bereichen, die Geschäfte initiieren bzw. abschließen, getrennt. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Bereichsleiter Risikomanagement. Dieser ist gemäß der Rahmenanweisung Risikomanagement bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen des Vorstandes zu beteiligen. Den Mitarbeitern der Risikocontrolling-Funktion sind alle notwendigen Befugnisse und ein uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen eingeräumt, die für die Erledigung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die Sparkasse KölnBonn hat die Anforderungen des AT 4.4.1 Tz. 1 MaRisk vollumfänglich umgesetzt und eine wirksame Risikocontrolling-Funktion eingeführt. Weitere Angaben hinsichtlich der Risikomanagementziele und –politik einschließlich der Risikomanagementverfahren und –systeme können dem Lagebericht unter der Rubrik Risikoberichterstattung entnommen werden. Der Lagebericht wurde vom Vorstand genehmigt und im Rahmen des Jahresabschlusses zur Veröffentlichung beim Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) eingereicht. Zudem wird er, wie auch der vorliegende Offenlegungsbericht, auf der Website der Sparkasse KölnBonn (www.sparkasse-koelnbonn.de) zum Abruf bereitgestellt.

2.2 Angaben zur Unternehmensführung (Art. 435 (2) CRR)

Informationen zu Mandaten des Leitungsorgans (Art. 435 (2) Buchstabe a) CRR

	Anzahl der Leitungs- oder Aufsichtsfunktionen
Ordentliche Mitglieder des Vorstands	8
Ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrats	4

Tabelle 2: Anzahl der von Mitgliedern des Leitungsorgans bekleideten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen zum 31. Dezember 2015 gem. Art. 435 (2) Buchstabe a) CRR

In den Angaben sind die Mandate aufgeführt, für deren Wahrnehmung gemäß §§ 25c und 25d KWG Beschränkungen bestehen. Die jeweiligen Leitungs- und Aufsichtsfunktionen im eigenen Institut sind nicht mitgezählt.

Auswahl- und Diversitätsstrategie für die Mitglieder des Leitungsorgans (Art. 435 (2) Buchstaben b) und c) CRR)

Die Regelungen für die Auswahl der Mitglieder des Vorstands sowie des Verwaltungsrats sind neben den gesetzlichen Regelungen im KWG und im Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen auch in der Satzung der Sparkasse enthalten.

Danach bestellt der Verwaltungsrat die Mitglieder des Vorstands in der Regel für fünf Jahre und bestimmt den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Aus wichtigem Grund kann der Verwaltungsrat die Bestellung widerrufen. Für die Bestellung, die Bestimmung des Vorsitzenden sowie den Widerruf der Bestellung ist die Zustimmung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn als Träger der Sparkasse erforderlich.

Bei der Neubesetzung des Vorstands achtet der Verwaltungsrat darauf, dass die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder des Vorstands ausgewogen sind. Darüber hinaus werden bei den Entscheidungen die Vorgaben des Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sowie das Gleichstellungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen beachtet. Bei gleicher Eignung erfolgt die Besetzung von Vorstandspositionen entsprechend des Gleichstellungsgesetzes mit einem Vertreter des unterrepräsentierten Geschlechts.

Ein externes Beratungsunternehmen unterstützt den Verwaltungsrat bei Bedarf bei der Ermittlung von geeigneten Bewerbern für die Besetzung als Mitglied des Vorstandes. Dabei wird insbesondere Wert auf die persönliche Zuverlässigkeit sowie die fachliche Eignung gelegt. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass in ausreichendem Maß theoretische (z. B. Lehrinstitut, Verbandsprüferausbildung, Fachlehrgang und Fachseminare, Hochschulstudium) und praktische (z. B. Kreditentscheidungskompetenz, eigenverantwortliche Mitwirkung bei der Gesamtbanksteuerung) Kenntnisse in den betreffenden Geschäften sowie Leitungserfahrung vorhanden sind. Die Vorgaben des BaFin-Merkblatts für die Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern werden beachtet. Weitere Anforderungen sind in einer Stellenbeschreibung geregelt. Die Mitglieder des Vorstands verfügen über eine langjährige Berufserfahrung sowie umfangreiche Fachkenntnisse und Fähigkeiten in der Kreditwirtschaft.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse werden durch den Träger der Sparkasse entsandt. Die Mitglieder des Verwaltungsrats aus dem Kreis der Dienstkräfte der Sparkasse wählen die Trägervertretung auf der Grundlage des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalen aus einem Wahlvorschlag aller wahlberechtigten Dienstkräfte. Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten eine Jahrespauschale und Sitzungsgeld. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats wird vom Zweckverband gewählt. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben die Möglichkeit, Seminare der Sparkassenakademie NRW zu besuchen bzw. verfügen über langjährige Berufserfahrung als Mitarbeiter der Sparkasse. Bei Bedarf integriert die Sparkasse - teilweise mit externer Unterstützung - Fortbildungsthemen in die Sitzungen und Klausurtagungen des Verwaltungsrates, so dass ausreichende Kenntnisse und Sachverstand für die Tätigkeit im Verwaltungsrat der Sparkasse vorhanden sind. Die Vorgaben des BaFin-Merkblatts zur Kontrolle der Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen werden beachtet. Aufgrund dieser sparkassenrechtlichen Gegebenheiten ist die Festlegung und Umsetzung einer eigenständigen Diversitätsstrategie für den Verwaltungsrat nicht möglich.

Angaben zum Risikoausschuss (Art. 435 (2) Buchstabe d) CRR)

Die Informationen zum Risikoausschuss sind dem Jahresabschluss (Bericht des Verwaltungsrates) der Sparkasse KölnBonn zu entnehmen.

Informationsfluss an das Leitungsorgan bei Fragen des Risikos (Art. 435 (2) Buchstabe e) CRR)

Informationen zur Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat gemäß Artikel 435 Absatz 2 Buchstabe e) CRR können dem Lagebericht der Sparkasse KölnBonn entnommen werden.

3 Eigenmittel (Art. 437 CRR)

Die Eigenmittel der Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital zusammen.

Das Kernkapital entspricht der Sicherheitsrücklage und dem eingezahlten Kapital zuzüglich der Gewinn- und Kapitalrücklagen der Institutsgruppe sowie den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter.

Informationen zur zukünftigen Ausgestaltung der stillen Einlagen unter Berücksichtigung der aus Basel III resultierenden geänderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen gemäß Artikel 26 ff. CRR können dem Lagebericht (Nachtragsbericht – Vorgänge nach Beendigung des Geschäftsjahres) entnommen werden.

Das Ergänzungskapital besteht aus Genussrechtskapital, langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken (§ 340f HGB-Reserven).

3.1 Eigenkapitalüberleitungsrechnung

Die in der CRR geforderte vollständige Abstimmung der aufsichtsrechtlichen Kapitalposten mit den relevanten Bilanzposten gemäß Artikel 437 Absatz 1 Buchstabe a) CRR i. V. m. Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Überleitungsrechnung zu Artikel 437 (1) Buchstabe a) CRR							
Handelsbilanz	Überleitung I	aufsichtlicher Konsolidierungskreis	Überleitung II	Eigenmittel zum Meldestichtag 31.12.2015			
Passiva 31.12.2015				Hartes Kernkapital	Zusätzliches Kernkapital	Ergänzungskapital	
€	€	€	€	€	€	€	€
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	316.685.603,04	19.914.396,96 1)	336.600.000,00	-139.388.118,28 8)			197.211.881,72
10. Genusssrechtskapital	224.388.000,00		224.388.000,00	-93.256.254,84 8)			131.131.745,16
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	124.785.900,00	-104.785.900,00 2)	20.000.000,00		20.000.000,00		
12. Eigenkapital							
a) gezeichnetes Kapital	500.000.000,00	17.125.956,67 3)	517.125.956,67	17.125.956,67	500.000.000,00		
b) Kapitalrücklage	0,00	26.738.934,40 4)	26.738.934,40	26.738.934,40			
c) Gewinnrücklagen							
ca) Sicherheitsrücklage	1.024.476.059,25	-38.969.549,57 5)	985.506.509,68	985.506.509,68			
d) Bilanzgewinn	25.771.862,46	-25.771.862,46 6)	0,00				
Aktiva 31.12.2015	€						
11. Immaterielle Anlagewerte	4.884.993,57	-1.098.634,18 7)	3.786.359,39	-1.514.543,76	-2.271.815,63		
15. Aktive latente Steuern	68.600.000,00	44.400.000,00 10)	113.000.000,00	-5.640.000,00			
Sonstige Überleitungskorrekturen							
Allgemeine Kreditrisikoeinpassungen							100.000.000,00
Abzugsbeträge aus nicht wesentlichen direkten und indirekten Positionen an Unternehmen der Finanzbranche				-2.597.961,51	-1.114.360,82		-2.079.494,87
				1.039.618.895,48	496.613.823,55		426.264.132,01

- 1) Zinsabgrenzung und am Ultimo noch im Bestand befindliche ausld. Geschäfte
- 2) Zweckgebundene 340g-Reserve aufgrund der mittelbaren Erste Abwicklungsanstalt-Ausgleichspflicht, daher keine aufsichtsrechtliche Berücksichtigung in den Eigenmitteln
- 3) Konsolidierung von Stammkapital und Kommanditeinlagen
- 4) Konsolidierung der Kapitalrücklagen
- 5) Konsolidierung der Gewinnrücklagen und Buchwerte
- 6) Der Bilanzgewinn wird erst nach Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt und erst dann aufsichtlich den Eigenmitteln zugerechnet
- 7) Mit den sonstigen immateriellen Vermögenswerten verbundene latente Steuerschulden
- 8) Abzug aus der Amortisierung von Ergänzungskapital (Art. 476 bis 478, 481 CRR)
- 9) Übergangsbestimmungen für Abzüge vom harten und zusätzlichen Kernkapital (Art. 469, 472 und 478 CRR)
- 10) Bezüglich der Bildung aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse KölnBonn aufgrund einer geänderten Auslegung ein Ansatz- und Bewertungswahlrecht ausgeübt. Dies führte handelsrechtlich zu einer Reduzierung der aktiven latenten Steuern.
- 11) Ausnahmeregelung für aktive latente Steuern aus temporären Differenzen (Art. 48 CRR) und Übergangsregelung für aktive latente Steuern auf Verlustvorträge (Art. 478 CRR)
- 12) Vorsorge für allgemeine Bankrisiken (§ 340f HGB-Reserven)

Tabelle 3: Eigenkapital-Überleitungsrechnung gem. Art. 437 (1) Buchstabe a) CRR

Die Daten entstammen den Bilanzpositionen des geprüften und testierten Jahresabschlusses 2015 sowie den aufsichtsrechtlichen Meldungen zu den Eigenmitteln per 31.12.2015.

3.2 Hauptmerkmale sowie vollständige Bedingungen der begebenen Kapitalinstrumente

Die Sparkasse KölnBonn hat folgende Kapitalinstrumente begeben:

- Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter
- Schuldscheindarlehen mit Nachrangabrede
- Namensschuldverschreibungen mit Nachrang
- Inhaberschuldverschreibungen mit Nachrangabrede
- Namensgenussscheine

Die Hauptmerkmale gemäß Artikel 437 Absatz 1 Buchstabe b) CRR i. V. m. Anhang II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 (Anlagen 1a und 1b zum Offenlegungsbericht 2015) sowie die vollständigen Bedingungen gemäß Artikel 437 Absatz 1 Buchstabe c) CRR (Anlagen 2a bis 2o zum Offenlegungsbericht 2015) sind auf der Homepage der Sparkasse KölnBonn unter der Rubrik Investor Relations "Jahresabschlüsse und Kennzahlen" veröffentlicht.

3.3 Art und Beträge der Eigenmittelelemente

Eine detaillierte Aufstellung der Eigenmittelelemente gemäß Artikel 437 Absatz 1 Buchstaben d) und e) CRR i. V. m. Anhang VI der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Pos	Bezeichnung	(A) Betrag am Tag der Offenlegung in EUR	(B) Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in EUR
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	-15.111.497,13	26 (1), 27, 28, 29, Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Absatz 3	k.A.
	davon: Kommandit- und Stammkapital	-15.111.497,13	Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Absatz 3	k.A.
2	Einbehaltene Gewinne	1.024.476.059,25	26 (1) (c)	k.A.
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	20.006.838,63	26 (1)	k.A.
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	20.000.000,00	26 (1) (f)	k.A.
4	Betrag der Posten Im Sinne von Artikel 484 Absatz 3 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das CET1 ausläuft	k.A.	486 (2)	k.A.
	davon: Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	k.A.	483 (2)	k.A.
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag In konsolidiertem CET1)	k.A.	84, 479, 480	k.A.
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	k.A.	26 (2)	k.A.
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	1.049.371.400,75		k.A.
Hartes Kernkapital (CET1): regulatorische Anpassungen				
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	k.A.	34, 105	k.A.
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-1.514.543,76	36 (1) (b), 37, 472 (4)	-2.271.815,63
9	In der EU: leeres Feld			
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-5.640.000,00	36 (1) (c), 38, 472 (5)	-8.460.000,00
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	k.A.	33 (a)	k.A.
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	k.A.	36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)	k.A.
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	k.A.	32 (1)	k.A.

14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	k.A.	33 (b)	k.A.
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (e), 41, 472 (7)	k.A.
16	Direkte, indirekte und synthetische Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (f), 42, 472 (8)	k.A.
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (g), 44, 472 (9)	k.A.
18	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-2.597.961,51	36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)	-3.896.942,26
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)	k.A.
20	In der EU: leeres Feld			
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1 250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	k.A.	36 (1) (k)	k.A.
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (k) (i), 89 bis 91	k.A.
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258	k.A.
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (k) (iii), 379 (3)	k.A.
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)	k.A.
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	k.A.	48 (1), 470 (2)	k.A.
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	k.A.	36 (1) (i), 48 (1) (b), 470 (2) (b), 472 (11)	k.A.
24	In der EU: leeres Feld			
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	k.A.	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)	k.A.
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (a), 472 (3)	k.A.
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (l)	k.A.
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	k.A.		k.A.
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Artikel 467 und 468	k.A.		k.A.
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag In Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	k.A.	481	k.A.
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	k.A.	36 (1) (j)	k.A.
28	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) insgesamt	-9.752.505,27		-14.628.757,89
29	Hartes Kernkapital (CET1)	1.039.618.895,48		k.A.

Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	5.098.000,00	51, 52	k.A.
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	k.A.		k.A.
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	k.A.		k.A.
33	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	494.902.000,00	486 (3)	494.902.000,00
	davon: Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	494.902.000,00	483 (3)	494.902.000,00
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zelle 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	k.A.	85, 86, 480	k.A.
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	k.A.	486 (3)	k.A.
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	500.000.000,00		494.902.000,00
Zusätzliches Kernkapital (AT1): regulatorische Anpassungen				
37	Direkte, indirekte und synthetische Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	k.A.	52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)	k.A.
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	k.A.	56 (b), 58, 475 (3)	k.A.
39	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-467.902,20	56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)	-701.853,30
40	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	k.A.	56 (d), 59, 79, 475 (4)	k.A.
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	-2.918.274,25		k.A.
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-2.329.584,61	472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)	k.A.
*	davon: Immaterielle Vermögensgegenstände	-2.271.815,63	472 (4)	k.A.
*	davon: Korrekturposten am zusätzlichen Kernkapital aus nicht wesentlichen Positionen am harten Kernkapital von Unternehmen der Finanzbranche (kleiner Topf)	-57.768,98	472 (10)	k.A.
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-588.689,64	477 (2), 477 (3), 477 (4)	k.A.
*	davon: Korrekturposten am zusätzlichen Kernkapital aus nicht wesentlichen Positionen am Ergänzungskapital von Unternehmen der Finanzbranche (kleiner Topf)	-588.689,64	477 (4)	k.A.
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	k.A.	3, 467, 468, 481	k.A.
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	k.A.	56 (e)	k.A.
43	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	-3.386.176,45		k.A.
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	496.613.823,55		k.A.
45	Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	1.536.232.719,03		k.A.

Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen			
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	41.500.000,00	62, 63 k.A.
47	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T2 ausläuft	286.843.626,88	486 (4) 286.843.626,88
	davon: Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	k.A.	483 (4) k.A.
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zellen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	k.A.	87, 88, 480 k.A.
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	k.A.	486 (4) k.A.
50	Kreditrisikoanpassungen	100.000.000,00	62 (c) und (d) k.A.
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	428.343.626,88	286.843.626,88
Ergänzungskapital (T2): regulatorische Anpassungen			
52	Direkte, indirekte und synthetische Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	k.A.	63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2) k.A.
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	k.A.	66 (b), 68, 477 (3) k.A.
54	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-2.021.725,89	66 (c), 69, 70, 79, 477 (4) -1.560.864,73
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	-2.021.725,89	k.A.
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	k.A.	k.A.
55	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	k.A.	66 (d), 69, 79, 477 (4) k.A.
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	-57.768,98	k.A.
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-57.768,98	472, 472(3)(a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a) k.A.
*	davon: Korrekturposten am Ergänzungskapital aus nicht wesentlichen Positionen am harten Kernkapital von Unternehmen der Finanzbranche (kleiner Topf)	-57.768,98	472 (10) (a) k.A.
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	k.A.	475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a) k.A.
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	k.A.	467, 468, 481 k.A.
57	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	-2.079.494,87	-1.560.864,73
58	Ergänzungskapital (T2)	426.264.132,01	k.A.
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	1.962.496.851,04	k.A.

59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	5.455.432,70	472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b), 475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b), 477, 477 (2) (b), 477 (2) (c), 477 (4) (b)	k.A.
*	davon: Nicht wesentliche Positionen am Eigenkapital von Unternehmen der Finanzbranche (kleiner Topf)	5.455.432,70		k.A.
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	14.879.817.834,56		k.A.
Eigenkapitalquoten und -puffer				
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	6,99%	92 (2) (a), 465	k.A.
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	10,32%	92 (2) (b), 465	k.A.
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,19%	92 (2) (c)	k.A.
64	Institutspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	k.A.	CRD 128, 129, 130	k.A.
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	k.A.		k.A.
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	k.A.		k.A.
67	davon: Systemrisikopuffer	k.A.		k.A.
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	k.A.	CRD 131	k.A.
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	2,49%	CRD 128	k.A.
69	[in EU-Verordnung nicht relevant]			
70	[in EU-Verordnung nicht relevant]			
71	[in EU-Verordnung nicht relevant]			
Beträge unter den Schwellenwerten für Abzüge (vor Risikogewichtung)				
72	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	103.148.504,14	36 (1) (h), 45, 46, 472 (10), 56 (c), 59, 60, 475 (4), 66 (C), 69, 70, 477 (4),	k.A.
73	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	6.411.661,95	36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)	k.A.
74	[in EU-Verordnung nicht relevant]			
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	94.100.000,00	36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)	k.A.
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital				
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardsatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	100.000.000,00	62	k.A.
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardsatzes	167.366.986,30	62	k.A.

78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	k.A.	62	k.A.
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	k.A.	62	k.A.
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2014 bis 1. Januar 2022)				
80	Derzeitige Obergrenze für CET1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	k.A.	484 (3), 486 (2) und (5)	k.A.
81	Wegen Obergrenze aus CET1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	k.A.	484 (3), 486 (2) und (5)	k.A.
82	Derzeitige Obergrenze für AT1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	k.A.	484 (4), 486 (3) und (5)	k.A.
83	Wegen Obergrenze aus AT1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	k.A.	484 (4), 486 (3) und (5)	k.A.
84	Derzeitige Obergrenze für T2-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	511.936.691,49	484 (5), 486 (4) und (5)	k.A.
85	Wegen Obergrenze aus T2 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	k.A.	484 (5), 486 (4) und (5)	k.A.

Tabelle 4: Art und Beträge der Eigenmittelelemente gem. Art. 437 (1) Buchstaben d) und e) CRR

Kapitalquoten

Die Sparkasse KölnBonn ermittelt die Kapitalquoten gemäß CRR. Der Artikel 437 Absatz 1 Buchstabe f) CRR findet somit keine Anwendung.

Die Kapitalquoten liegen jeweils deutlich über den aufsichtsrechtlich vorgegebenen Mindestwerten von 4,5 % für die harte Kernkapitalquote, 6,0 % für die Kernkapitalquote und 8,0 % für die Gesamtkapitalquote.

31.12.2015 in %	harte Kernkapitalquote	Kernkapitalquote	Gesamtkapitalquote
Institutsguppe Sparkasse KölnBonn	6,99	10,32	13,19
Sparkasse KölnBonn	6,99	10,35	13,23

Tabelle 5: Kapitalquoten

Überschreibungsbeträge gemäß Artikel 492 Absatz 2 CRR

Die folgende Abbildung stellt dar, in welchem Ausmaß die Höhe des harten Kernkapitals und des Kernkapitals zum 31.12.2015 die Mindestwerte gemäß Artikel 465 CRR i. V. m. Artikel 92 CRR übersteigt.

31.12.2015	in Mio. EUR
Hartes Kernkapital	370
Kernkapital	643
	in %
Harte Kernkapitalquote	2,49
Kernkapitalquote	4,32

Tabelle 6: Ausmaß der Überschreitung der Mindesteigenmittelanforderungen für die Institutsguppe Sparkasse KölnBonn

4 Eigenmittelanforderungen (Art. 438 CRR)

Bezüglich der Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals gemäß Artikel 438 Buchstabe a) CRR verweisen wir auf die Ausführungen zur Risikotragfähigkeit in der Risikoberichterstattung innerhalb des Lageberichtes.

Der Artikel 438 Buchstaben b) und d) CRR besitzt für die Sparkasse KölnBonn keine Relevanz.

31.12.2015	in Mio. EUR
Eigenmittelanforderung	
Adressenausfallrisiken im Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)	
Zentralstaaten oder Zentralbanken	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	19
Öffentliche Stellen	10
Multilaterale Entwicklungsbanken	-
Internationale Organisationen	-
Institute	26
Unternehmen	395
Mengengeschäft	198
Durch Immobilien besicherte Positionen	259
Ausgefallene Positionen	55
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	5
Gedeckte Schuldverschreibungen	13
Verbriefungspositionen	8
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	22
Beteiligungspositionen	46
Sonstige Positionen	15
Zwischensumme	1.071
Marktrisikopositionen nach dem Standardverfahren	-
Netto-Fremdwährungsrisikopositionen	4
Abwicklungsrisikopositionen	-
Warenrisikopositionen	-
CVA-Risikopositionen nach der Standardmethode	13
Operationelles Risiko nach dem Basisindikatoransatz (BIA)	102
Zwischensumme	119
Gesamtbetrag	1.190

Tabelle 7: Eigenmittelanforderungen nach Risikoarten und Risikopositionsklassen gem. Art. 438 CRR

5 Kreditrisiko (Art. 442 CRR)

5.1 Angaben zur Struktur des Kreditportfolios (Art. 442 Buchstaben c) bis f) CRR)

Die Ermittlung des Gesamtbetrags der Risikopositionen erfolgt nach aufsichtlichen Vorgaben.

Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten (nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung) gemäß Artikel 111 CRR ausgewiesen, die derivativen Instrumente mit ihren Kreditäquivalenzbeträgen.

Der Gesamtbetrag der Risikopositionen setzt sich aus sämtlichen Risikopositionsklassen gemäß Artikel 112 CRR mit Ausnahme der Beteiligungs- und Verbriefungsrisikopositionen (bilanzielle Geschäfte mit einem Adressenausfallrisiko) sowie den außerbilanziellen nicht derivativen Positionen wie unwiderruflichen Kreditzusagen und derivativen Positionen zusammen.

Die nachfolgende Übersicht enthält den Gesamtbetrag der Risikopositionen aufgeschlüsselt nach den für den Kreditrisikostandardansatz vorgegebenen Risikopositionsklassen. Die Aufschlüsselung des Gesamtbetrags der Risikopositionen ist sowohl in Stichtagswerten zum 31.12.2015 als auch in Jahresdurchschnittswerten angegeben.

Gesamtbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen

in Mio. EUR	Stichtagsbetrag der Risikopositionen	Jahresdurchschnittsbetrag der Risikopositionen
Zentralstaaten oder Zentralbanken	396	434
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	2.839	2.975
Öffentliche Stellen	996	985
Multilaterale Entwicklungsbanken	114	114
Internationale Organisationen	202	202
Institute	2.680	2.542
Unternehmen	6.715	6.777
Mengengeschäft	6.643	6.395
Durch Immobilien besicherte Positionen	8.965	9.300
Ausgefallene Positionen	539	551
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	41	58
Gedeckte Schuldverschreibungen	1.530	1.555
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	456	387
Sonstige Positionen	316	294
Gesamtbetrag der Risikopositionen	32.432	32.569

Tabelle 8: Gesamtbetrag der Risikopositionen nach Risikopositionsklassen gem. Art. 442 Buchstabe c) CRR

Risikopositionen nach geografischen Hauptgebieten

Die Zuordnung der Risikopositionen zu den geografischen Gebieten erfolgt anhand des Landes, dem die wirtschaftlichen Risiken der an den Kreditnehmer gewährten Kredite zuzuordnen sind. Die geografische Verteilung des Portfolios spiegelt die mit der regionalen Ausrichtung der Sparkasse einhergehende Konzentration auf den Heimatmarkt wider.

31.12.2015 in Mio. EUR	Deutschland	EWR	Sonstige
Zentralstaaten oder Zentralbanken	287	109	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	2.794	21	24
Öffentliche Stellen	963	33	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	114	-
Internationale Organisationen	-	130	72
Institute	1.791	607	282
Unternehmen	6.425	183	107
Mengengeschäft	6.603	19	21
Durch Immobilien besicherte Positionen	8.866	46	53
Ausgefallene Positionen	504	34	1
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	41	-	-
Gedeckte Schuldverschreibungen	31	1.499	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	455	1	-
Sonstige Positionen	316	-	-
Gesamtbetrag der Risikopositionen	29.076	2.796	560

Tabelle 9: Risikopositionen nach geografischen Hauptgebieten gem. Art. 442 Buchstabe d) CRR

Risikopositionen nach Hauptbranchen

Die Sparkasse KölnBonn ordnet jedem Kunden eine Branche nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu. Diese Branchen werden gruppiert und zu Hauptbranchen zusammengefasst offengelegt.

31.12.2015 in Mio. EUR	Banken	Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	Öffentliche Haushalte	Privatpersonen	Organisationen ohne Erwerbszweck
Zentralstaaten oder Zentralbanken	220	-	176	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	108	-	2.712	-	19
Öffentliche Stellen	90	-	366	-	112
Multilaterale Entwicklungsbanken	114	-	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	73	-	-
Institute	2.680	-	-	-	-
Unternehmen	3	144	-	648	367
Davon: KMU	-	8	-	1	52
Mengengeschäft	-	13	-	4.273	23
Davon: KMU	-	13	-	-	23
Durch Immobilien besicherte Positionen	-	54	-	3.859	83
Davon: KMU	-	-	-	0	45
Ausgefallene Positionen	0	-	-	111	2

31.12.2015	Banken	Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	Öffentliche Haushalte	Privatpersonen	Organisationen ohne Erwerbszweck
in Mio. EUR					
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	-	2	-	-	-
Gedeckte Schuldverschreibungen	1.312	-	-	-	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	-	456	-	-	-
Sonstige Positionen	315	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Risikopositionen	4.842	669	3.327	8.891	606

Tabelle 10: Risikopositionen nach Hauptbranchen gem. Art. 442 Buchstabe e) CRR

31.12.2015	Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	Davon: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Davon: Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erde	Davon: Verarbeitendes Gewerbe	Davon: Baugewerbe	Davon: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Davon: Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Davon: Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Davon: Grundstücks- und Wohnungswesen	Davon: Sonstiges Dienstleistungsgewerbe
in Mio. EUR										
Zentralstaaten oder Zentralbanken	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentliche Stellen	428	0	207	0	-	-	2	28	-	191
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	-	-	-	-	-	-	0	-	-
Internationale Organisationen	129	-	-	-	-	-	-	129	-	-
Institute	0	-	-	-	-	-	-	0	-	-
Unternehmen	5.553	1	115	202	980	443	276	292	2.058	1.186
Davon: KMU	2.327	1	16	95	169	182	23	37	1.125	679
Mengengeschäft	2.334	8	16	154	221	376	87	61	288	1.123
Davon: KMU	2.356	8	16	153	221	376	87	61	288	1.146
Durch Immobilien besicherte Positionen	4.969	12	9	149	414	364	91	152	2.443	1.335
Davon: KMU	3.780	11	9	132	315	331	70	62	1.593	1.257
Ausgefallene Positionen	426	6	2	13	105	12	2	33	133	120
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	39	-	0	-	20	-	-	6	11	2
Positionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	218	-	-	-	-	-	-	218	-	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Positionen	1	-	-	1	-	0	-	0	-	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen	14.097	27	349	519	1.740	1.195	458	919	4.933	3.957

Tabelle 11: Risikopositionen nach Hauptbranchen gem. Art. 442 Buchstabe e) CRR

Risikopositionen nach vertraglichen Restlaufzeiten

31.12.2015 in Mio. EUR	täglich fällig	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	unbefristet
Zentralstaaten oder Zentralbanken	220	53	57	66	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	1.099	200	350	1.190	-
Öffentliche Stellen	205	212	174	405	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	41	73	-
Internationale Organisationen	-	-	46	156	-
Institute	1.022	1.020	366	272	-
Unternehmen	1.423	1.028	1.231	3.033	-
Mengengeschäft	2.913	166	491	3.073	-
Durch Immobilien besicherte Positionen	300	262	676	7.727	-
Ausgefallene Positionen	108	7	46	378	-
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	7	28	4	-	2
Gedekte Schuldverschreibungen	1	126	1.014	389	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	-	-	-	-	456
Sonstige Positionen	160	1	-	-	155
Gesamtbetrag der Risikopositionen	7.458	3.103	4.496	16.762	613

Tabelle 12: Risikopositionen nach vertraglichen Restlaufzeiten gem. Art. 442 Buchstabe f) CRR

5.2 Angaben zu überfälligen sowie notleidenden Positionen und zur Risikovorsorge (Art. 442 Buchstaben a) und b) sowie g) bis i) CRR)
Definition überfälliger und notleidender Forderungen

Ein Geschäft gilt als "überfällig", wenn Leistungen in Form von nicht geleisteten Zins-/ Tilgungszahlungen oder sonstigen Forderungen seit mehr als 90 aufeinanderfolgenden Tagen ausstehen. Dieser Verzug wird bei der Sparkasse KölnBonn nach Artikel 178 CRR für alle Risikopositionsklassen kreditnehmerbezogen ermittelt.

Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

Ansätze und Methoden zur Bestimmung der Risikovorsorge

Die Sparkasse KölnBonn verfügt über Instrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzusichern.

Hinsichtlich der handelsrechtlichen Bewertung verweisen wir auf die Ausführungen im Jahresabschluss 2015.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse KölnBonn Informationen bekannt werden, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen.

Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden spezifischen Kreditrisikoanpassungen orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens des Kunden. Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihren wahrscheinlichen Realisationswerten, um einschätzen zu können, welche Erlöse nach Eintritt von Leistungsstörungen

noch zu erwarten sind. Die Angemessenheit der spezifischen Kreditrisikoanpassungen wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben.

Eine Auflösung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen erfolgt bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, das heißt, wenn die Kapitaldienstfähigkeit wieder erkennbar ist, oder wenn die Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten möglich ist.

Die spezifischen Kreditrisikoanpassungen im Kundenkreditgeschäft sind in Arbeitsanweisungen geregelt. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse KölnBonn Pauschalwertberichtigungen. Da für Pauschalwertberichtigungen keine konkreten Risikoaktiva gebildet werden können und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen keiner Branche bzw. Region zugeordnet sind, erfolgt der Ausweis in den nachfolgenden Tabellen als Gesamtbetrag.

Die Daten zu den spezifischen Kreditrisikoanpassungen enthalten auch Angaben zu den asservierten Zinsen (Zinskorrekturposten).

Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Notleidende und überfällige Risikopositionen nach Branchen und nach geografischen Gebieten

	Gesamtbetrag notleidender Forderungen	Bestand EWB	Zinskorrekturposten EWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen	Nettozuführungen/Auflösungen von EWB/ PWB /Rückstellungen*	Direktabschreibung	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Gesamtbetrag überfälliger Forderungen
31.12.2015									
in Mio. EUR									
Banken	-	-	-		-	-	-		-
Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	-	-	-		-	-	-		-
Öffentliche Haushalte	-	-	-		-	-	-		-
Privatpersonen	50	23	3		0	3	5		82
Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen	319	143	7		1	13	8		193
davon									
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	0	0	0		-	0	0		5
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	30	28	0		-	-3	-		0
Verarbeitendes Gewerbe	18	11	1		0	1	0		3
Baugewerbe	22	8	0		0	1	1		88
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	16	10	1		0	2	2		6
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	3	2	0		0	1	1		1
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	37	12	0		0	5	0		0
Grundstücks- und Wohnungswesen	120	41	2		0	5	1		21
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	73	31	3		1	1	3		69
Organisationen ohne Erwerbszweck	3	1	0		-	0	0		0
Gesamtbetrag	372	167	10	41	1	16	13	9	275

* Zuordnung der PWB zu den jeweiligen Branchen erfolgt in der Spalte "Nettozuführungen/Auflösungen" anhand der Branchenzuordnung EWB.

Tabelle 13: Notleidende und überfällige Risikopositionen nach Branchen gem. Art. 442 Buchstabe g) CRR

31.12.2015	Gesamtbetrag notleidender Forderungen	Bestand EWB	Zinskorrekturposten EWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen	Nettozuführungen/Auflösungen von EWB/ PWB /Rückstellungen*	Direktabschreibung	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Gesamtbetrag überfälliger Forderungen
in Mio. EUR									
Deutschland	328	157	9		1	15	13		274
EWB ohne Deutschland	38	4	1		-	0	0		1
Sonstige	6	6	0		-	1	0		0
Gesamtbetrag	372	167	10	41	1	16	13	9	275

* Zuordnung der PWB zu den jeweiligen Regionen erfolgt in der Spalte "Nettozuführungen/Auflösungen" anhand der Regionenzuordnung EWB.

Tabelle 14: Notleidende und überfällige Risikopositionen nach geografischen Gebieten gem. Art. 442 Buchstabe h) CRR

Entwicklung der Risikovorsorge

31.12.2015	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand der Periode	Endbestand der Periode inkl. Zinskorrekturposten
in Mio. EUR							
EWB	185	43	22	39	-	167	177
Rückstellungen	1	0	0	-	-	1	1
PWB	46	-	5	-	-	41	41
Summe spezifischer Kreditrisikoanpassungen	232	43	27	39	-	209	219
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen (als Ergänzungskapital angerechnete Vorsorgereserven nach § 340f HGB)	63					100	100

Tabelle 15: Entwicklung der Risikovorsorge gem. Art. 442 Buchstabe i) CRR

6 Inanspruchnahme von Bonitätsbeurteilungen externer Ratingagenturen (Art. 444 CRR)

Zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko verwendet die Sparkasse KölnBonn grundsätzlich die für den Kreditrisikostandardansatz aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewichte. In einigen Risikopositionsklassen verwendet die Sparkasse KölnBonn für die Zuordnung zur jeweiligen Bonitätsstufe die Ratings der Ratingagentur Moody's bzw. Standard & Poor's.

Moody's und Standard & Poor's sind von der Europäischen Bankenaufsicht akzeptierte Ratingagenturen. Die Nutzung der Bonitätsbeurteilungen dieser Ratingagenturen hat die Sparkasse KölnBonn gegenüber der Aufsicht entsprechend angezeigt.

Risikopositionsklassen	Nominierte Ratingagenturen	
	Moody's	Standard & Poor's
Zentralstaaten oder Zentralbanken	x	x
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	x	x
Öffentliche Stellen	x	x
Multilaterale Entwicklungsbanken	x	x
Unternehmen	x	-
Verbriefungspositionen	x	x
Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	x	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	x	x

Tabelle 16: Nominierte Ratingagenturen je Risikopositionsklasse

Für die Risikopositionsklassen Institute, gedeckte Schuldverschreibungen sowie Institute mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung erfolgte keine Nominierung einer Ratingagentur. Somit wird die Risikogewichtung der Positionen auf Basis des Ratings des Sitzstaates gemäß Artikel 121 Absatz 1 CRR vorgenommen.

Das für die jeweilige Forderung anzuwendende Risikogewicht wird anhand der in der CRR vorgegebenen Bonitätsstufen ermittelt. Die Zuordnung der externen Bonitätsbeurteilungen zu den Bonitätsstufen erfolgt auf Basis der von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA veröffentlichten Standardzuordnung.

Gegenüber der Vorperiode ergaben sich keine Änderungen bzgl. der nominierten Ratingagenturen.

Die Übertragung der Bonitätsbeurteilung einer Emission auf die Forderung erfolgt automatisch in der Datenverarbeitung über die gespeicherte International Securities Identification Number (ISIN). Liegt keine ISIN vor, wird eine manuelle Erfassung der Emittentennummer in der Datenverarbeitung vorgenommen, so dass über eine Verbindung zur Personennummer die Zuordnung der externen Ratingnoten automatisch erfolgen kann.

Risikopositionswerte nach Risikogewichten vor und nach Berücksichtigung von Kreditrisikominderung

Der Risikopositionswert bildet die Grundlage für die Bestimmung der Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko. Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Risikopositionswerte je Risikopositionsklasse aufgeschlüsselt nach Risikogewichten vor und nach im KSA angerechneten Sicherheiten.

31.12.2015		Risikogewicht in %	0	10	20	35	50	70	75	100	150	250	1250	Sonstige
Risikopositionswert je Risikopositionsklasse in Mio. EUR														
Zentralstaaten oder Zentralbanken			396	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften			1.913	-	19	-	-	-	-	-	-	94	-	-
Öffentliche Stellen			90	-	650	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken			114	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Internationale Organisationen			202	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Institute			1.188	-	1.439	-	0	-	-	34	-	-	-	-
Unternehmen			17	-	81	-	5	-	-	5.238	-	-	-	-
Mengengeschäft			-	-	-	-	-	-	3.880	-	-	-	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen			-	-	-	6.363	2.414	-	-	-	-	-	-	-
Ausgefallene Positionen			-	-	-	-	-	-	-	160	357	-	-	-
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen			-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-
Gedekte Schuldverschreibungen			-	1.519	-	-	11	-	-	-	-	-	-	-
Verbriefungspositionen			-	-	51	-	15	-	-	44	-	-	3	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung			-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)			-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	456
Beteiligungspositionen			-	-	-	-	-	-	-	554	-	6	-	-
Sonstige Positionen			123	-	3	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Risikopositionen			4.043	1.519	2.243	6.363	2.445	-	3.880	6.220	397	100	3	456

Tabelle 17: Risikopositionswerte vor Kreditrisikominderung gem. Art. 444 Buchstabe e) CRR

31.12.2015	Risikogewicht in %	0	10	20	35	50	70	75	100	150	250	1250	Sonstige
Risikopositionswert je Risikopositionsklasse in Mio. EUR													
Zentralstaaten oder Zentralbanken		488	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften		2.098	-	22	-	-	-	-	-	-	94	-	-
Öffentliche Stellen		110	-	634	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken		114	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Internationale Organisationen		202	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Institute		1.408	-	1.444	-	0	-	-	34	-	-	-	-
Unternehmen		17	-	81	-	5	18	-	4.957	-	-	-	-
Mengengeschäft		-	-	-	-	-	-	3.639	-	-	-	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen		-	-	-	6.363	2.414	-	-	-	-	-	-	-
Ausgefallene Positionen		-	-	-	-	-	-	-	160	352	-	-	-
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen		-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-
Gedekte Schuldverschreibungen		-	1.519	-	-	11	-	-	-	-	-	-	-
Verbriefungspositionen		-	-	51	-	15	-	-	44	-	-	3	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	456
Beteiligungspositionen		-	-	-	-	-	-	-	554	-	6	-	-
Sonstige Positionen		123	-	3	-	-	-	-	190	-	-	-	-
Gesamtbetrag der Risikopositionen		4.560	1.519	2.235	6.363	2.445	18	3.639	5.939	392	100	3	456

Tabelle 18: Risikopositionswerte nach Kreditrisikominderung gem. Art. 444 Buchstabe e) CRR

7 Beteiligungen im Anlagebuch (Art. 447 CRR)

Für die operative Beteiligungsportfoliosteuerung (Beschluss-, Votierungs- und MaRisk-Prozesse) erfolgt eine Unterscheidung des Beteiligungsportfolios in die Subportfolios "Strategische Beteiligungen" und "Rendite-/Kreditersetzende Beteiligungen".

Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze

Basierend auf dem Unternehmensbewertungsstandard IDW S1 in Verbindung mit den Richtlinien des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes zur Bewertung von Beteiligungen im handelsrechtlichen Jahresabschluss von Sparkassen wendet die Institutsgruppe Sparkasse KölnBonn für die Bewertung folgende anerkannte Bewertungsverfahren an:

- Marktpreis-/Börsenkursbewertung
- Ertragswertverfahren
- Substanzwertverfahren

Die Beteiligungen werden nach rechnungslegungsspezifischen Kriterien gemäß HGB bewertet. Bei den Wertansätzen für Beteiligungen werden der in der Bilanz dargestellte Buchwert, der beizulegende Zeitwert sowie, sofern an der Börse gelistet, ein vorhandener Börsenwert ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert bei börsennotierten Beteiligungen ergibt sich aus dem Schlusskurs am Offenlegungstichtag und entspricht unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips dem Buchwert. Die Beteiligungen werden sowohl aus strategischen Gründen als auch zur Renditeerzielung gehalten.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten gemäß HGB. Dauerhafte Wertminderungen auf Beteiligungen werden abgeschrieben und Zuschreibungen sind bis zur Höhe der Anschaf-

fungskosten möglich. Der Buchwert und der Zeitwert (unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips) der Beteiligungen entsprechen einander.

Nach Handelsrecht (§ 340 e Abs. 1 HGB) sind Beteiligungen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (d. h. § 253 Abs. 1 und 3 HGB) zu bewerten, es sei denn, dass sie nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. In diesem Fall sind sie nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (d. h. § 253 Abs. 1 und 4 HGB) zu bewerten. Mindestens einmal jährlich findet eine Überprüfung der Wertansätze für Beteiligungen statt.

31.12.2015 in Mio. EUR	Buchwert	beizulegender Wert	Börsenwert
Strategische Beteiligungen			
börsengehandelte Positionen	-	-	-
andere, nicht börsennotierte Beteiligungspositionen	379	382	-
Rendite-/ Krediteretzende Beteiligungen			
börsengehandelte Positionen	1	1	1
andere, nicht börsennotierte Beteiligungspositionen	47	49	-
Gesamt	427	432	1

Tabelle 19: Wertansätze für Beteiligungsinstrumente gem. Art. 447 CRR

31.12.2015 in Mio. EUR	realisierter Gewinn/ Verlust aus Verkauf/ Abwicklung	unrealisierte Neubewertungsgewinne/-verluste	
		Gesamt	Davon im harten Kernkapital berücksichtigt
Gesamt	0	5	-

Tabelle 20: Realisierte und unrealisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungsinstrumenten gem. Art. 447 Buchstabe d) und e) CRR

8 Verbriefungen (Art. 449 CRR)

Im Rahmen der nach Artikel 242 bis 270 CRR behandelten Verbriefungstransaktionen hat die Sparkasse KölnBonn in der Vergangenheit auch in Asset Backed Securities (ABS) investiert. Hierbei handelt es sich um strukturierte Investments in internationale Adressen. Bei Ankauf diente das Portfolio der Diversifikation des regionalen Kreditgeschäfts. Im Rahmen der Finanzmarktkrise widmete die Sparkasse KölnBonn im Jahr 2008 sämtliche ABS-Strukturen des Liquiditätsbestandes in das Anlagevermögen um. Die Bewertung erfolgt seitdem nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Absatz 3 Satz 5 HGB. In diesem Zusammenhang wurde auf die Nutzung von Absicherungsgeschäften zur Risikominderung verzichtet. Im Rahmen des von der Sparkasse KölnBonn gegenüber der EU-Kommission vorgelegten Umstrukturierungsplans wurde im Zuge der Neuausrichtung der Sparkasse KölnBonn beschlossen, die bestehende strategische Eigenanlage in ABS abzubauen.

Das Portfolio ist international diversifiziert, wobei 59 % des Nominalvolumens auf Deutschland und das übrige Europa entfallen. Der Anteil an US-amerikanischen Forderungen beträgt 36 %. Der Markt für strukturierte Wertpapiere war in den vergangenen Jahren stark illiquide, was die Ermittlung von Marktpreisen angesichts sehr geringer Umsätze erschwerte. Die Sparkasse KölnBonn hat Wertberichtigungen auf das aktuelle Portfolio in Höhe von 9,5 Mio. EUR vorgenommen sowie aus Abgängen (Verkäufe und Totalausfälle) Verluste über insgesamt 196,0 Mio. EUR realisiert. Für das übrige ABS-Portfolio hat die Sparkasse KölnBonn bisher reguläre Zahlungseingänge erhalten. Insgesamt wurden in 2015 Tilgungsleistungen in Höhe von 17,6 Mio. EUR erbracht. Zum Bilanzstichtag setzt sich das ABS-Portfolio der Sparkasse aus 35 Einzelwerten mit einem Nominalvolumen von 120,0 Mio. EUR zusammen.

Die Sparkasse KölnBonn tritt derzeit nicht als Originator oder Sponsor von Verbriefungstransaktionen auf. Sie ist ausschließlich Investor in erworbenen Verbriefungspositionen.

Sämtliche Verbriefungstransaktionen sind Anlagebuchgeschäfte. Für die Ermittlung der Risikogewichte der Verbriefungspositionen verwendet die Sparkasse KölnBonn die Ratings der Ratingagenturen Moody's bzw. Standard & Poor's. Wenn vorliegende Transaktionen über kein entsprechendes Rating verfügen, werden die unbeurteilten Verbriefungspositionen gemäß Artikel 251 CRR mit einem Risikogewicht von 1.250 % angerechnet. Bei einer ungerateten Verbriefungsposition ist der Sparkasse KölnBonn die Zusammensetzung des Pools bekannt. Daher wird hier alternativ der Transparenzansatz gemäß Artikel 253 CRR angewendet.

Zusammenfassung der institutseigenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2015 nicht verändert. Für Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, insbesondere ABS-Strukturen und sonstige Gläubigerpapiere, wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur dann vorgenommen, wenn dieser voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert bzw. den Anschaffungskosten lag (gemildertes Niederstwertprinzip).

Die Sparkasse KölnBonn hat ein Verfahren zur Bestimmung derjenigen Investments, bei denen von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist, eingerichtet. Hierbei handelt es sich um ein Modell, das regelmäßig für die Verbriefungstransaktionen erhältliche Daten zusammenführt und Anzeichen für eine dauernde Wertminderung (sogenannte "Wertberichtigungstrigger") bestimmt. Dabei werden auf Grundlage aktueller Investorenreports die möglichen zukünftigen Ausfälle durch lineare Fortschreibung von Verlusten und Zahlungsrückständen (ABS) bzw. Fortschreibung der erwarteten Verluste des zugrunde liegenden Portfolios (Collateralized Debt Obligations) ermittelt und in Beziehung zum aktuellen "Credit Enhancement" (= untergeordnete Tranchen zzgl. Cash Reserve) gesetzt. Sofern zu irgendeinem zukünftigen Zeitpunkt das "Credit Enhancement" kleiner ist als die Summe der fortgeschriebenen Zahlungsrückstände und der fortgeschriebenen Verluste, ergibt sich ein "Triggerbruch", der als Anzeichen für eine dauernde Wertminderung der Transaktion gilt. Bei Bedarf werden zusätzlich manuelle Einzelfallanalysen zur abschließenden Beurteilung durchgeführt.

Das Verbriefungsportfolio ist in der Sparkasse KölnBonn als Abbauportfolio definiert. Bestehende Verbriefungen werden im Anlagebestand gehalten.

Die Überwachung der Papiere erfolgt durch den Handel, Rechnungswesen und Risikomanagement. Sämtliche hierzu erforderlichen Prozesse sind im internen Anweisungswesen dokumentiert. Der Handel ist für die Einholung von Marktdaten und weitergehender Informationen sowie die Einholung indikativer Preise zuständig. Im Rechnungswesen erfolgt vierteljährlich eine Impairment-Analyse auf Basis der Investorenreports. Sollte aufgrund der dort angegebenen Verlustraten und Verzüge nicht mit einer vollständigen Bedienung des Investments gerechnet werden, wird von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen und es erfolgt eine Bewertung zum niedrigeren Marktwert (gemildertes Niederstwertprinzip). Sofern wesentliche Daten für die Analyse und Beurteilung der Verbriefung fehlen, werden Ersatzkriterien herangezogen. Das Risikomanagement überwacht die Ratingveränderungen und errechnet monatlich das Adressenausfallrisiko dieser Positionen.

Dem Liquiditätsrisiko wird mit konservativen Annahmen bei der Planung der Zahlungsflüsse Rechnung getragen.

Neben den adressenausfall- oder marktbezogenen Risiken einschließlich des Liquiditätsrisikos können Investitionen in Verbriefungspositionen auch Rechtsrisiken beinhalten. Die Sparkasse KölnBonn geht davon aus, diesen mit der konservativen Bewertung hinreichend zu begegnen.

Bewertungsmodell ABS-Strukturen

Für Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen (ABS-Strukturen), für die zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt mit handelbaren, liquiden Marktpreisen zur Findung eines beizulegenden Zeitwertes beobachtet werden konnte, wurde das folgende Bewertungsverfahren angewendet: Sofern für die Wertpapiere aktuelle Preisindikationen über Informationsdienste bzw. Preisserviceagenturen wie "Markit" oder "Bloomberg" vorlagen, wurden diese zur Bewertung verwendet.

Im Übrigen kam das folgende Bewertungsmodell zum Einsatz: Nach dem "Durchschauprinzip" wurden für jede Struktur unter Berücksichtigung von Ausfallraten, Sicherheiten sowie der vertraglich vereinbarten Bedienungsreihenfolge ("Wasserfall") die jeweiligen erwarteten Cashflows ermittelt. Diese Cashflows wurden unter Verwendung von Credit Spreads für gleiche oder ähnliche Asset-Klassen, die von externen Anbietern (wie zum Beispiel JPMorgan Chase & Co.) bereitgestellt wurden, abgezinst. Dabei wurden die dem aktuellen (Instrumenten-)Rating entsprechenden Spreads zugrunde gelegt, sofern sich aus zeitnahen weiteren Informationen keine anderweitigen Erkenntnisse ergaben. Ratingveränderungen wurden

im Einzelfall untersucht und – sofern sie als wertaufhellend anzusehen waren – in die Wertfindung einbezogen. Vorhandene Bankenbewertungen wurden in Einzelfällen zu Plausibilisierungszwecken herangezogen und in den Fällen, in denen diese niedriger als die Modellwerte waren, bei dauernd wertgeminderten Investments auch als Bilanzansatz zugrunde gelegt. Durch die verwendeten Bilanzansätze wurde gewährleistet, dass Verluste durch nicht mehr zu erwartende vertragliche Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt wurden. Insgesamt beläuft sich der nach den beschriebenen Verfahren bewertete Bestand inklusive abgegrenzter Zinsen und abzüglich der Rückstellung für synthetische ABS auf 112,0 Mio. EUR (davon 6,5 Mio. EUR mit Modellwerten).

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (in der Regel Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate werden grundsätzlich zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bzw. als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Sofern die strukturierten Produkte durch das eingebettete Derivat im Verhältnis zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken bzw. Chancen aufwiesen, wurde eine getrennte Bilanzierung der Bestandteile vorgenommen. Die in strukturierten Wertpapieren (ABS) enthaltenen Credit Default Swaps werden demnach getrennt bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW).

31.12.2015 in Mio. EUR	Ausstehende Beträge im Standardansatz
Forderungen (Risikokonzentrationsrate mit Durchschnittsgewicht)	2
Maßnahmen zur Verbesserung der Kreditqualität	-
Beteiligungen in ABS-Transaktionen (Ratingbasierter Ansatz)	111
sonstige bilanzwirksame Positionen	-
Gesamt	113

Tabelle 21: Gesamtbetrag der gekauften Verbriefungen

Bilanzunwirksame Positionen waren im Jahr 2015 nicht vorhanden.

31.12.2015 in Mio. EUR	Zurückbehaltene / angekaufte Verbriefungspositionen im Anlagebuch		Zurückbehaltene / angekaufte Wiederverbriefungspositionen im Anlagebuch	
	Forderungsbetrag	Kapitalanforderung KSA	Forderungsbetrag	Kapitalanforderung KSA
<10%	-	-	-	-
>10% ≤ 20%	52	1	-	-
>20% ≤ 50%	14	1	-	-
>50% ≤ 100%	42	3	2	0
>100% ≤ 650%	-	-	-	-
1250%	3	3	0	0
Gesamt	111	8	2	0

Tabelle 22: Kapitalanforderungen für gekaufte Verbriefungspositionen

Wesentliche Veränderungen des Verbriefungsvolumens im Geschäftsjahr 2015 resultierten aus Tilgungen in Höhe von 20 Mio. EUR.

9 Kreditrisikominderungstechniken (Art. 453 CRR)

Strategie und Verfahren

Die Sparkasse KölnBonn nutzt zur Minderung des Kreditrisikos Aufrechnungsvereinbarungen im Sinne der Artikel 205 ff. CRR.

Das aufsichtsrechtliche Netting ist auf Derivate der Risikokategorie "Zins" beschränkt. Darüber hinaus werden nur derivative Kontrakte mit Banken in das aufsichtsrechtliche Netting einbezogen. Basis hierfür sind Rahmenverträge mit Kontrahenten und Rechtsgutachten. Für die Dokumentation der Prüfung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben – im Sinne der CRR – wird das externe IT-System "LeDIS" genutzt. "LeDIS" ist eine Vertragsdatenbank, welche die mit Kunden geschlossenen Rahmenverträge für Finanztermingeschäfte sowie die entsprechenden Vertragsanhänge abbildet und somit die Vertragsdokumentation sicherstellt. Die Nettobemessungsgrundlage wird nach Artikel 298 Absatz 1 Buchstabe c) CRR bestimmt. Der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie der Deutschen Bundesbank wurde die Verwendung der Nettobemessungsgrundlage angezeigt.

Die zugelassenen Sicherheiten sind in der Rahmenanweisung für das Kreditgeschäft und den Fachanweisungen aufgeführt. Die Fachanweisungen Kreditsicherheiten und Beleihungswernermittlung von Immobilien enthalten neben den Wertansätzen weitergehende Regelungen zur Sicherheitenbewertung, -bestellung und -überprüfung. Dabei finden die Besonderheiten der einzelnen Sicherheitenarten Berücksichtigung, die zu unterschiedlichen Abschlüssen bzw. Überprüfungsrhythmen führen.

Kredit- und Sicherheitenprozesse sowie die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen sind so ausgestaltet, dass die rechtliche Durchsetzbarkeit jederzeit gewährleistet ist.

Hauptarten der verwendeten Sicherheiten

Grundpfandrechte werden im Kreditrisikostandardansatz nicht als Hauptart von Sicherheiten aufgeführt, weil diese hier eine eigene Risikopositionsklasse bilden und als solche als durch Immobilien besicherte Risikopositionen gemäß Artikel 124 CRR offen gelegt werden.

Grundpfandrechtliche Besicherungen werden in der Sparkasse KölnBonn sowohl auf gewerbliche als auch auf wohnwirtschaftliche Immobilien vorgenommen. Die Bewertung der Objekte erfolgt durch Beleihungswernermittlungen, die den Anforderungen der Beleihungswernermittlungsverordnung (BeWertV) entsprechen. Für die Überwachung und Überprüfung der Beleihungswerte der Immobilien gelten je nach Risikogehalt unterschiedliche Kriterien, die unter anderem den Anforderungen des Artikels 208 i. V. m. Artikel 125 und Artikel 126 CRR unterliegen. Details zur Erstellung von Wertgutachten, Bestellung und Überprüfung der Sicherheiten, sind in der Fachanweisung Beleihungswernermittlung von Immobilien hinterlegt und veröffentlicht.

In der Sparkasse KölnBonn werden derzeit finanzielle Sicherheiten und Gewährleistungen im Rahmen der CRR als anrechnungsmindernd berücksichtigt: Die Sparkasse KölnBonn berücksichtigt als eigenkapitalentlastende Kreditsicherheiten bei Bareinlagen die Produkte Giroeinlagen in Form von Tagesgeld-, Cash-Konto- und Termingeldguthaben sowie Spareinlagen und Sparkassenbriefbestände, soweit diese als Kontoguthaben im eigenen Haus geführt werden und insofern auch als rechtlich durchsetzbar bewertet werden können. Weiterhin werden abgetretene Bausparguthaben der Westdeutschen Landesbausparkasse und garantierte Rückkaufswerte aus abgetretenen Lebensversicherungen anrechnungsmindernd berücksichtigt, sofern die Anforderungen des Artikels 212 CRR erfüllt sind. Ausgeschlossen werden Nachrangpapiere, Inhaberschuldverschreibungen und Fremdwährungseinlagen sowie im Ausland unterhaltene Bareinlagen.

Standardmäßig werden unbefristete Sicherheitenvereinbarungen geschlossen, um eine Laufzeiteninkongruenz der Sicherstellung mit Blick auf die zugrundeliegende Kreditlaufzeit auszuschließen.

Berücksichtigungsfähige Gewährleistungen müssen Privilegierungsvoraussetzungen erfüllen: Die Sparkasse KölnBonn akzeptiert als anrechnungsprivilegierte Gewährleistungen nur selbstschuldnerische, unbedingte und dabei unwiderrufliche Bürgschaften und Garantien der nachstehend genannten Gewährleistungsgeberkreise, sofern die Gewährleistungen unter anderem den aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen der Artikel 201, 213 und 215 CRR sowie zusätzlich den Vorgaben der Fachanweisung Kreditsicherheiten der Sparkasse KölnBonn entsprechen.

Um die juristische Durchsetzbarkeit zu gewährleisten, werden von der Sparkasse KölnBonn zurzeit nur Gewährleistungen eigenkapitalentlastend berücksichtigt, die durch Bund, Länder, Gemeinden, Städte sowie durch Einrichtungen des öffentlich-rechtlichen Bereichs, durch öffentlich-rechtliche Kreditinstitu-

te, durch Kreditgarantiegemeinschaften oder durch Multilaterale Entwicklungsbanken mit jeweiligem Sitz im Inland übernommen sind.

Haupttypen von Garantiegebern und Gegenparteien bei Kreditderivaten und ihre Bonität

Die größten Gewährleistungsgeber (Garantien und berücksichtigungsfähige Bürgschaften) sind öffentliche Stellen oder öffentlich-rechtliche Institute. Daneben handelt es sich überwiegend um Gewährleistungen von Städten und Gemeinden aus der Region des Satzungsgebietes der Sparkasse KölnBonn sowie um Gewährleistungen von inländischen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, die im Rahmen von Konsortialkrediten gestellt wurden bzw. die als Kreditbesicherungsgarantien von Bürgschaftsbanken mit Sitz im Inland übernommen wurden und um Gewährleistungen auf erstes Anfordern. Die vorgenannten Gewährleistungsgeber sind überwiegend von hoher Bonität.

Die Sparkasse KölnBonn nimmt seit 2015 am Kreditbasket der Sparkassen-Finanzgruppe teil. Die Originatoren-Sparkassen bringen hierbei größere einzelne Adressenrisiken aus ihrem klassischen Kreditgeschäft in pseudonymisierter Form mittels je einer Credit Linked Note (Originatoren-CLN) in den Sparkassen Kreditbasket ein. Mit Hilfe dieser Credit Linked Note können die Adressrisiken synthetisch ohne Kreditverkauf auf eine Zweckgesellschaft übertragen werden. Die Gesamtheit der eingereichten Adressrisiken der verschiedenen Originatoren bildet ein diversifiziertes Kreditportfolio. Im Gegenzug erwirbt die Sparkasse ebenfalls über eine Credit Linked Note (Investoren-CLN) einen Anteil in Höhe ihrer Absicherung an diesem Portfolio, wodurch das entsprechende Pool-Adressrisiko über den eingebetteten Credit Default Swap (CDS) auf die beteiligten Sparkassen (Investoren) übertragen wird. Emittiert wird die Investoren-CLN von der Zweckgesellschaft unter Bezug auf die Forderungen im Kreditbasket (Referenzaktiva).

Informationen über Risikokonzentrationen

Für berücksichtigte finanzielle Sicherheiten sowie Gewährleistungen und Bürgschaften bestehen keine Konzentrationsrisiken. Quartalsweise werden diese Sicherheiten auf das Bestehen von möglichen Konzentrationen hin untersucht.

Für die Risikopositionsklassen ergeben sich folgende Gesamtbeträge an gesicherten Positionswerten.

31.12.2015 in Mio. EUR	durch finanzielle Sicherheiten besicherte Positionen	durch Garantien und Kreditderivate besicherte Positionen	durch Lebensversicherungen besicherte Positionen
Zentralstaaten oder Zentralbanken	-	-	-
Regionale oder lokale Gebietskörperschaften	0	-	-
Öffentliche Stellen	0	48	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-
Institute	-	-	-
Unternehmen	56	218	7
Mengengeschäft	32	198	11
Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-
Ausgefallene Positionen	4	1	-
Mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	-	-	-
Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-
Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Investmentfonds (OGA-Fonds)	-	-	-
Beteiligungspositionen	-	-	-
Sonstige Positionen	-	-	-
Gesamt	92	465	18

Tabelle 23: Besicherte Positionswerte gem. Art. 453 Buchstabe f) CRR

10 Marktrisiko (Art. 445 CRR)

Die Institutsguppe Sparkasse KölnBonn verwendet für regulatorische Zwecke die aufsichtsrechtlichen Standardverfahren. Eigene interne Modelle im Sinne von Artikel 363 CRR kommen nicht zur Anwendung. Die zum Stichtag bestehenden Marktrisiken ergeben sich ausschließlich aus Fremdwährungsrisiken. Die Eigenmittelanforderungen für das Fremdwährungsrisiko der Sparkasse KölnBonn betragen 4 Mio. EUR.

11 Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (Art. 448 CRR)

Das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wird über das Management der Marktpreisrisiken der Sparkasse KölnBonn gesteuert und überwacht. Grundsätzlich wird bei der Messung des Zinsänderungsrisikos die Annahme getroffen, dass keine Kreditengagements über Sondertilgungs- bzw. Kündigungsrechte vorzeitig zurückgeführt werden. Aufgrund des dauerhaften Aktivvorlaufs im Zinsbuch der Sparkasse KölnBonn handelt es sich hierbei um eine konservative Annahme. Mögliche vorzeitige Rückzahlungen in Form implizierter Optionen von Großkrediten werden im Rahmen einer Zentraldisposition vollständig abgesichert. Unbefristete Einlagen werden mittels eines Modells gleitender Durchschnitte (Mischungsverhältnisse) abgebildet. Die Überprüfung der Mischungsverhältnisse erfolgt anlassbezogen, mindestens jedoch jährlich. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt über eine gleitende 10-Jahres-Benchmark im Anlagebuch. Die Zinsbuch-Benchmark wird jährlich überprüft und im Finanz- und Dispositionsausschuss beschlossen. Deren Einhaltung wird durch den Fachbereich Treasury überwacht.

Zusätzlich sind Finanzinstitute im Rahmen des Basismeldewesens nach Finanz- und Risikotragfähigkeitsinformationsverordnung (FinaRisikoV) verpflichtet, einen Zinsschock vierteljährlich an die Bundesbank zu melden. Die aufsichtsrechtlich anzuwendenden Zinsänderungen betragen nach BaFin-Rundschreiben 11/2011 + 200 bzw. -200 Basispunkte.

31.12.2015	Barwertveränderungen in Mio. EUR	
	+200 BP	-200 BP
Zinsschock		
Gesamt	-237	77

Tabelle 24: Zinsänderungsrisiko gem. Art. 448 Buchstabe b) CRR

Als Nichthandelsbuchinstitut werden in der Sparkasse KölnBonn alle mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Geschäfte im gesamten Bankbuch einschließlich Fremdwährungspositionen und impliziter Optionen gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben bei der Berechnung der Barwertänderung berücksichtigt. Im Berichtsjahr 2015 blieben die monatlich ermittelten Wertänderungen stets unter der meldepflichtigen Schwelle von 20 %.

12 Gegenparteiausfallrisiko (Art. 439 CRR)

Qualitative Angaben (Art. 439 Buchstaben a) bis d) CRR)

Interne Kapitalallokation

Derivative Finanzinstrumente werden von der Sparkasse KölnBonn im Anlagebuch eingesetzt. Diese werden zur Absicherung einzelner bilanzieller Positionen, zur Steuerung der Gesamtbank und im Kundengeschäft abgeschlossen. Dabei werden zins-, währungs-, aktienkurs- und kreditbezogene Geschäfte unterschieden. Zurzeit hat die Sparkasse KölnBonn zins-, währungs- und kreditbezogene Geschäfte im Bestand. Bei den zinsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Zinsswaps und Zinsoptionen, bei den währungsbezogenen Geschäften überwiegend um Währungs- und Zinswährungsswaps sowie Devisentermingeschäfte und bei den kreditbezogenen Geschäften um Credit Default Swaps. Der überwiegende Teil der Derivate wird bei der Sparkasse KölnBonn "over the counter" (OTC) abgeschlossen; bei den Kontrahenten handelt es sich weitgehend um Banken.

Durch das aufsichtsrechtlich anerkannte Netting-Verfahren werden gegenläufige Ansprüche aus Finanzinstrumenten mit der Gegenpartei verrechnet und somit das Adressenausfallrisiko verringert.

Zur Begrenzung bzw. Reduzierung von Größenkonzentrationsrisiken hat die Sparkasse KölnBonn ein Kreditlimitsystem eingeführt, welches Limite auf Basis der individuellen Bonitätseinstufung und Besicherungssituation des Kontrahenten festlegt. Mit Hilfe dieser Limite werden die Kapitalallokation und das Adressenausfallrisiko gesteuert. Als Anrechnungsbetrag auf die genehmigten Kontrahentenlimite wird bei derivativen Finanzinstrumenten der Kreditäquivalenzbetrag herangezogen, welcher sich aus dem Neueindeckungsaufwand bei Ausfall des Kontrahenten und dem dadurch resultierenden Neuabschluss des Vertrages sowie einem Risikozuschlag errechnet.

Sicherheiten und Kreditrisikovorsorge

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) des Bankbuchs (Zinsbuchs) bewertet die Sparkasse KölnBonn auf der Grundlage des vom IDW veröffentlichten RS BFA 3 ("verlustfreie Bewertung"). Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

Fremdwährungsgeschäfte steuert die Sparkasse KölnBonn über eine Gesamtposition je Währung. Die Bilanzierung erfolgt gemäß § 340h HGB ("besondere Deckung"). Hierzu sind für die einzelnen Fremdwährungspositionen die definierten Limite einzuhalten.

In Einzelfällen hat die Sparkasse KölnBonn zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet.

Im Handelsgeschäft mit derivativen Finanzinstrumenten werden grundsätzlich Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close Out Netting) abgeschlossen. Zusätzlich sind mit einigen Kontrahenten Sicherheitenvereinbarungen getroffen worden, welche das Ausfallrisiko auf einen maximalen Betrag limitieren. Sollte dieser überschritten werden, können zusätzliche Sicherheiten eingefordert werden.

Mittels Mark-to-Market-Wertermittlungen wird der jeweilige Sicherungsbedarf errechnet, eventuell auftretende Überschreitungen werden durch Cash bzw. Wertpapiere ausgeglichen. Somit wird das Ausfallrisiko auf den vertraglich vereinbarten Freibetrag bzw. den Mindesttransferbetrag reduziert.

Korrelationen von Marktpreis- und Kontrahentenrisiken

Im Rahmen der Steuerung derivativer Adressenausfallrisikopositionen werden die Risikobeiträge von Markt- und Kontrahentenrisiken additiv behandelt. Daher erfolgt keine Betrachtung von Korrelationen.

Erhöhung von Sicherheitsbeiträgen bei Rating-Herabstufungen

Die Sparkasse KölnBonn hat keine derivativen OTC-Geschäfte abgeschlossen, bei denen im Falle einer Herabstufung eines externen Ratings der Sparkasse KölnBonn vertraglich eine Stellung oder eine Erhöhung von Sicherheitsbeträgen durch die Sparkasse KölnBonn geleistet werden müsste.

Quantitative Angaben (Art. 439 Buchstaben e) bis h) CRR)

Die nachfolgende Tabelle enthält die positiven Wiederbeschaffungswerte einschließlich der Berücksichtigung von Netting und Sicherheiten.

31.12.2015 in Mio. EUR	Positiver Bruttozeitwert	Aufrechnungsmöglichkeiten (Netting)	Saldierte aktuelle Ausfallrisikoposition	Anrechenbare Sicherheiten	Nettoausfallrisikoposition
Zinsderivate	1.416	1.058	358	-	358
Währungsderivate	165	-	165	-	165
Aktien-/Indexderivate	1	-	1	-	1
Kreditderivate	0	-	0	-	0
Warenderivate	-	-	-	-	-
Sonstige Derivate	-	-	-	-	-
Gesamtbetrag	1.582	1.058	524	-	524

Tabelle 25: Positive Wiederbeschaffungswerte gem. Art. 439 Buchstabe e) CRR

31.12.2015	Gegenparteausfallrisiko	
in Mio. EUR		
Laufzeitmethode		-
Marktbewertungsmethode		684
Standardmethode		-
Internes Modell		-
Gesamt		684

Tabelle 26: Betrag des anzurechnenden Gegenparteausfallrisikos gem. Art. 439 Buchstabe f) CRR

Per 31.12.2015 betrug der Nominalwert der Absicherungen über Kreditderivate 17 Mio. EUR. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der entsprechenden Ausfallrisikopositionen.

31.12.2015	Kreditderivate (Sicherungsnehmer)	
Nominalwert in Mio. EUR		
Bilanzielle Positionen		-
Außerbilanzielle Positionen		-
Derivate Positionen		17
Gesamt		17

Tabelle 27: Kreditderivate nach Arten von Ausfallrisikopositionen gem. Art. 439 Buchstabe g) CRR

31.12.2015 Nominalwert in Mio. EUR	Nutzung für eigenes Kreditportfolio		Vermittlertätigkeit
	gekauft (Sicherungsnehmer)	verkauft (Sicherungsgeber)	
Credit Default Swaps	17	17	-
Total Return Swaps	-	-	-
Credit Options	-	-	-
Sonstige	-	-	-
Gesamt	17	17	-

Tabelle 28: Nominalbeträge der Kreditderivategeschäfte gem. Art. 439 Buchstabe h) CRR

Durch die Teilnahme am Kreditbasket der Sparkassen-Finanzgruppe erhöhte sich der Bestand auf 17 Mio. EUR.

Der Artikel 439 Buchstabe i) CRR findet keine Anwendung.

13 Operationelles Risiko (Art. 446 CRR)

Die Informationen zum operationellen Risiko sind dem Lagebericht der Sparkasse KölnBonn zu entnehmen. Zur Bestimmung des aufsichtlichen Anrechnungsbetrags für das operationelle Risiko wendet die Sparkasse KölnBonn den Basisindikatoransatz (BIA) gemäß Artikel 315 f. CRR an.

14 Belastete und unbelastete Vermögenswerte (Art. 443 CRR)

Belastete Vermögenswerte sind bilanzielle und außerbilanzielle Vermögensgegenstände, die bei besicherten Refinanzierungsgeschäften und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit eingesetzt werden und daher vom Institut nicht uneingeschränkt genutzt werden können.

Die Belastung von Vermögenswerten bei der Sparkasse KölnBonn hat ihren Ursprung in erster Linie aus der Refinanzierung des Kreditgeschäfts durch gedeckte Schuldverschreibungen (Pfandbriefe). Die Sparkasse KölnBonn begibt Pfandbriefe nach dem deutschen Pfandbriefgesetz. Dadurch sind zum 31.12.2015 rund 69 % der belasteten Vermögenswerte für Pfandbriefe vorgesehen.

Weitere Belastungen resultieren aus Weiterleitungsdarlehen, besichertem Wertpapiergeschäft oder Geschäfte in Derivaten mit Sicherheitenstellung.

Die Sparkasse KölnBonn hat mit allen Gegenparteien der Geschäfte, aus denen belastete Vermögenswerte resultieren, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen. Bei Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäften erfolgt die Besicherung der erhaltenen bzw. gestellten Wertpapiere auf Grundlage von marktüblichen Rahmenverträgen. Die Höhe der als Sicherheiten genutzten Vermögenswerte richtet sich nach der Höhe der zu besichernden Verbindlichkeit, wobei die Sicherheiten einem festgelegten Bewertungsabschlag unterworfen sind. Übersteigt der Wert einer Sicherheit den Betrag der gesicherten Verbindlichkeit (Übersicherung), werden Sicherheiten freigegeben. Das Vorliegen einer Übersicherung wird bei jeder Bewertung des Geschäfts, in der Regel täglich, geprüft.

Für die Emission von Pfandbriefen werden Kreditforderungen und Wertpapiere in den Deckungsstock eingestellt.

Von den bilanziellen Vermögenswerten der Sparkasse KölnBonn waren zum 31.12.2015 6.618 Mio. EUR belastet. Die Höhe der Belastung ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, da die freiwillige Überdeckung von Pfandbriefen gemäß der Vorgabe der nationalen Aufsicht als belastet auszuweisen ist. Darüber hinaus wurden Weiterleitungsdarlehen nach der von der European Banking Authority herausgegebenen Systematik als belastete Vermögenswerte klassifiziert. Die von der nationalen Aufsicht gewährte Erleichterungsregelung, unter bestimmten Voraussetzungen Weiterleitungsdarlehen aus der Belastung von Vermögenswerten zu eliminieren, fand im Berichtsjahr 2015 keine Anwendung. Der Anteil der in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen unbelasteten Aktiva, die die Sparkasse KölnBonn als nicht für Besicherungszwecke geeignet ansieht (z. B. Sachanlagen, sonstige materiellen und immaterielle Vermögensgegenstände, Steueransprüchen, Treuhandvermögen), beträgt 67 %.

Innerhalb der aufsichtsrechtlichen Institutsgruppe bestehen keine Belastungsverhältnisse. Die belasteten Vermögenswerte im Einzelinstitut entsprechen den Belastungen der Institutsgruppe.

Die nachfolgenden Tabellen stellen die Vermögenswerte und Sicherheiten sowie deren Belastung dar, angegeben als Medianwerte auf Basis der vierteljährlichen Meldungen zum Quartalsultimo.

Medianwerte 2015 in Mio. EUR	Belastete Vermögenswerte		Unbelastete Vermögenswerte	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Summe Vermögenswerte	6.438	-	20.238	-
davon Aktieninstrumente	-	-	27	27
davon Schuldtitel	796	837	2.443	2.565
davon sonstige Vermögenswerte	737	-	1.750	-

Tabelle 29: Belastete und unbelastete Vermögenswerte

Medianwerte 2015 in Mio. EUR	Beizulegender Zeitwert der belasteten erhaltenen Sicherheiten bzw. ausgegebenen eigenen Schuldtitel	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten bzw. ausgegebenen eigenen Schuldtitel, die zur Belastung infrage kommen
Erhaltene Sicherheiten	-	270
davon Aktieninstrumente	-	-
davon Schuldtitel	-	204
davon sonstige erhaltene Sicherheiten	-	68
Andere ausgegebene eigene Schuldtitel als eigene Pfandbriefe oder ABS	-	12

Tabelle 30: Erhaltene Sicherheiten

Die nachfolgende Übersicht enthält die mit belasteten Vermögenswerten und erhaltenen Sicherheiten verbundenen Verbindlichkeiten (Geschäfte der Passivseite und das Derivategeschäft), die die Quellen der Belastung darstellen.

Medianwerte 2015 in Mio. EUR	Deckung der Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten oder ausgeliehenen Wertpapiere	Vermögenswerte, erhaltene Sicherheiten und andere ausgegebene eigene Schuldtitel als belastete Pfandbriefe und ABS
Buchwert ausgewählter Verbindlichkeiten	5.364	5.818

Tabelle 31: Erhaltene Sicherheiten und damit verbundene Verbindlichkeiten

15 Verschuldung (Art. 451 CRR)

Die Verschuldung und die Verschuldungsquote werden für die Zwecke der Offenlegung per 31. Dezember 2015 gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/62 ermittelt. Dabei wird die Möglichkeit der Nicht-Berücksichtigung von Treuhandkrediten nach Art. 429 Absatz 11 CRR¹ nicht genutzt.

Der Vorstand wird regelmäßig über die Höhe der Verschuldungsquote informiert. Die Verschuldungsquote ist derzeit aufsichtlich noch nicht begrenzt. Daher verzichtet die Sparkasse KölnBonn auf eine entsprechende Limitierung.

Die Verschuldungsquote gemäß delegierter Verordnung (EU) 2015/62 beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2015 5,37 %. Eine Ermittlung auf dieser Basis erfolgte erstmalig zum Jahresultimo 2015. In den Vorjahren wurde auf die Ermittlung gemäß CRR abgestellt. Daher können keine Aussagen über die Entwicklung im Berichtsjahr getroffen werden.

Die nachfolgenden Tabellen erläutern die Zusammensetzung der Verschuldungsquote. Alle Daten beziehen sich auf den Stichtag der Offenlegung.

¹ Gemäß delegierter Verordnung 2015/62 zur Änderung der CRR entspricht dies Artikel 429 (13) CRR

31.12.2015 Zeile LRSum		Anzusetzende Werte in Mio. EUR
1	Summe der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögenswerte	26.532
2	Anpassung für Beteiligungen, die zu Bilanzierungszwecken konsolidiert werden, die jedoch nicht zum aufsichtlichen Konsolidierungskreis gehören	k.A.
3	(Anpassung für Treuhandvermögen, das gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften in der Bilanz ausgewiesen wird, aber von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gemäß Artikel 429 Absatz 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommen ist)	k.A.
4	Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	692
5	Anpassungen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	5
6	Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte (d.h. Umwandlung der außerbilanziellen Geschäfte in Kreditäquivalenzbeträge)	1.496
EU-6a	(Anpassung für Risikopositionen aus Intragruppenforderungen, die von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gemäß Artikel 429 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommen sind)	k.A.
EU-6b	(Anpassungen für Risikopositionen, die gemäß Artikel 429 Absatz 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 von der Gesamtrisikopositionsmessgröße ausgenommen sind)	k.A.
7	Sonstige Anpassungen	-144
8	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	28.581

Tabelle 32: Summarischer Vergleich zwischen Bilanzaktiva und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (LRSum)

31.12.2015 Zeile LRCom		Risikopositionswerte der CRR- Verschuldungsquote in Mio. EUR
Bilanzielle Risikopositionen (ausgenommen Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT))		
1	Bilanzwirksame Positionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und Treuhandvermögen, jedoch einschließlich Sicherheiten)	25.982
2	(Aktiva, die zur Ermittlung des Kernkapitals abgezogen werden)	-13
3	Summe der bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	25.969
Derivative Risikopositionen		
4	Wiederbeschaffungskosten für alle Derivatgeschäfte (d. h. bereinigt um anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	529
5	Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	163
EU-5a	Risikopositionswert gemäß Ursprungsrisikomethode	k.A.
6	Hinzugerechneter Betrag von gestellten Sicherheiten für Derivatgeschäfte, wenn diese gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften von den Bilanzaktiva abgezogen werden	k.A.
7	(Abzug bei in bar erhaltenen Nachschüssen in Derivatgeschäften)	k.A.
8	(Ausgenommene Risikopositionen aus für Kunden über eine qualifizierte zentrale Gegenpartei (QCCP) abgerechnete Geschäfte)	k.A.
9	Bereinigter effektiver Nominalwert von geschriebenen Kreditderivaten	k.A.
10	(Bereinigte Aufrechnungen des effektiven Nominalwerts und Zuschlagsabzüge für ausgestellte Kreditderivate)	k.A.
11	Derivative Risikopositionen insgesamt (Summe der Zeilen 4 bis 10)	692
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)		
12	Brutto-Aktiva aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT; ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	411
13	(Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT))	8
14	Aufschlag auf das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	5

EU-14a	Ausnahme für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT): Aufschlag auf das Gegenparteausfallrisiko gemäß Artikel 429b Absatz 4 und Artikel 222 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	k.A.
15	Risikopositionen aus als Agent getätigten Geschäften	k.A.
EU-15a	(Ausgenommene Risikopositionen aus für Kunden über eine qualifizierte zentrale Gegenpartei (QCCP) abgerechnete Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT))	k.A.
16	Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften insgesamt (Summe der Zeilen 12 bis 15a)	424
Andere außerbilanzielle Risikopositionen		
17	Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	6.446
18	(Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge)	-4.950
19	Andere außerbilanzielle Risikopositionen (Summe der Zeilen 17 und 18)	1.496
Gemäß Artikel 429 Absätze 7 und 14 CRR ausgenommene Risikopositionen (bilanziell und außerbilanziell)		
EU-19a	(Gemäß Artikel 429 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommene gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis) (bilanziell und außerbilanziell))	k.A.
EU-19b	(Gemäß Artikel 429 Absatz 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgenommene Risikopositionen (bilanziell und außerbilanziell))	k.A.
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionen		
20	Kernkapital	1.536
21	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Summe der Zeilen 3, 11, 16, 19, EU-19a und EU-19b)	28.581
Verschuldungsquote		
22	Verschuldungsquote	5,37
Anwendung von Übergangsbestimmungen und Wert ausgebuchter Treuhandpositionen		
EU-23	Anwendung von Übergangsbestimmungen für die Definition der Kapitalmessgröße	ja
EU-24	Wert ausgebuchter Treuhandpositionen gemäß Artikel 429 Absatz 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	k.A.

Tabelle 33: Einheitliches Offenlegungsschema für die Verschuldungsquote (LRCom)

31.12.2015		Risikopositionswerte der CRR-Verschuldungsquote in Mio. EUR
Zeile LRSpl		
EU-1	Bilanzielle Risikopositionen insgesamt (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT), und ausgenommene Risikopositionen), davon:	25.982
EU-2	Risikopositionen des Handelsbuchs	k.A.
EU-3	Risikopositionen des Anlagebuchs, davon:	25.982
EU-4	Gedekte Schuldverschreibungen	1.530
EU-5	Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	3.196
EU-6	Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die NICHT wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	569
EU-7	Institute	1.910
EU-8	Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	8.725
EU-9	Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	3.580
EU-10	Unternehmen	4.504
EU-11	Ausgefallene Positionen	497
EU-12	Andere Forderungsklassen (z. B. Beteiligungspositionen, Verbriefungs-Risikopositionen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	1.471

Tabelle 34: Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und ausgenommen Risikopositionen) – (LRSpl)

16 Informationen zum Vergütungssystem nach § 7 Institutsvergütungsverordnung (alter Fassung)

Die Sparkasse KölnBonn ist nicht zur Offenlegung der Vergütungspolitik gemäß § 16 InstitutsVergV (neuer Fassung) i. V. m. Artikel 450 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 verpflichtet.

Die nachfolgenden Angaben sind freiwillig und dienen der Wahrung der Kontinuität der bisherigen Offenlegungspraxis nach § 7 InstitutsVergV (alte Fassung vom 06.10.2010). Aufbau und Inhalt des Vergütungsberichts entsprechen daher den Berichten der Vorjahre.

16.1 Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Institutsvergütungsverordnung (a. F.)

16.1.1 Allgemeine Angaben zum Vergütungssystem

Die Sparkasse KölnBonn ist tarifgebunden. Aus diesem Grund finden auf die Arbeitsverhältnisse der Sparkassenbeschäftigten die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (TVöD), insbesondere der TVöD-Sparkassen, Anwendung. Die überwiegende Anzahl der Beschäftigten erhält eine Vergütung auf tariflicher Basis und daneben außertarifliche Leistungen, die in Dienstvereinbarungen dokumentiert bzw. mit dem Personalrat abgestimmt sind (der prozentuale Anteil der Tarifbeschäftigten an der Summe aller aktiv Beschäftigten entspricht 97 %). Die Vergütung dieser Beschäftigten fällt nicht in den Anwendungsbereich der InstitutsVergV. Bereichsleiter und einzelne Beschäftigte erhalten eine außertarifliche Vergütung.

16.1.2 Geschäftsbereiche

Die Sparkasse verfügte zum 31.12.2015 über die folgenden Geschäftsbereiche:

Geschäftsbereich		Vorstandsmitglied
200	Strategie, Steuerung, Personal, Revision, Marktfolge und Spezialkreditmanagement	Artur Grzesiek
300	Marktfolge und Spezialkreditmanagement	Rainer Virnich*
400	Firmenkunden und Treasury	Ulrich Voigt
600	Privatkunden	Dr. Christoph Siemons
700	Privat- und Firmenkunden Bonn	Volker Schramm**
900	Organisation, Finanzen, Controlling sowie Produkt- und Risikomanagement	Dr. Joachim Schmalzl

* Geschäftsbereich 300: Stellvertretendes Vorstandsmitglied (Zuordnung im Sinne von MaRisk im Geschäftsbereich 200)

** Geschäftsbereich 700: Stellvertretendes Vorstandsmitglied (Zuordnung im Sinne von MaRisk in den Geschäftsbereichen 400 und 600)

Tabelle 35: Geschäftsbereiche der Sparkasse KölnBonn

16.1.3 Ausgestaltung des Vergütungssystems

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme ist in den Grundzügen für alle Geschäftsbereiche einheitlich geregelt, daher wird im folgenden hinsichtlich der Zusammensetzung, der Parameter und der Art und Weise der Gewährung der Vergütung nicht nach Geschäftsbereichen unterschieden.

Zusammensetzung der in 2015 gezahlten Vergütungen

Die überwiegende Anzahl der Beschäftigten der Sparkasse erhält ausschließlich die tarifliche Vergütung nach dem TVöD der Sparkassen.

Bereichsleiter und einzelne Beschäftigte erhalten eine außertarifliche Vergütung. Die Bereichsleiter, einzelne außertariflich Beschäftigte und einzelne Tarifbeschäftigte erhielten eine zielorientierte variable Vergütung, für die angemessene Obergrenzen festgelegt wurden.

Mitarbeitergruppe	Feste Vergütung	Variable Vergütung (Plan)	Variable Vergütung (Ist)	Voraussetzung variable Vergütung
Vorstand	Orientierung an Empfehlung der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände	24 % der Jahresfixvergütung	max. Einzelfall: 24 % der Jahresfixvergütung	50 % abhängig von der individuellen Zielerreichung und 50 % von der Unternehmenszielerreichung
Mitarbeiter mit außertariflichen Verträgen	Grundvergütung, teilweise plus Funktionszulage	25 % der Jahresfixvergütung	max. Einzelfall: 27 % der Jahresfixvergütung	I. d. R. 50 % abhängig von der individuellen Leistung und 50 % von der Unternehmenszielerreichung. Die Planvorgabe von 25 % wurde im Ist leicht überschritten, da neben der vertraglich vereinbarten variablen Vergütung noch eine freiwillige Einmalzahlung erfolgte.
Mitarbeiter mit Provisionsregelung	nach TVöD bzw. außertarifliche Vergütung	25 % der Jahresfixvergütung	max. Einzelfall: 26 % der Jahresfixvergütung	Die Bemessung erfolgt i. d. R. mithilfe eines Punktesystems für das Neugeschäft der Filialen / Geschäftsstellen sowie der "Mobilen Finanzberatung". In einem Einzelfall basiert sie auf dem Nettoabsatz Wertungssumme Lebensversicherungen sowie am Provisionsumsatz Sachversicherungen. Die leichte Überschreitung der geplanten Quote im Ist resultiert aus einer zum Planungszeitpunkt noch nicht bekannten Reduktion des Fixgehaltes. Da die Festlegung des variablen Vergütungsbetrages auf Basis der Planzahlen ermittelt wurde, kam es in diesem Fall zu einer nachträglichen Überschreitung der geplanten Quote.

Tabelle 36: § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV (a. F.)

Vergütungsparameter

Der individuelle Anteil der variablen Vergütung ist an die Eignung für den jeweiligen Arbeitsplatz gekoppelt. Ziel ist es, das alltägliche Engagement und die Gesamtleistung eines Beschäftigten zu würdigen. Die Leistungsbewertung für die variable Vergütung ist somit eng mit dem Beurteilungsprozess innerhalb der Sparkasse KölnBonn verzahnt. Basis sind die von der jeweiligen Führungskraft im Erwartungsprofil konkretisierten individuellen verhaltens- und fachspezifischen Erwartungen. Diese werden zu Jahresbeginn im Rahmen eines Erwartungsgesprächs zwischen Führungskraft und Mitarbeiter vereinbart. Auf Basis dieses Erwartungsprofils finden unterjährig Standortbestimmungen statt. Bis zum 30.01. des Folgejahres ist die Jahresbeurteilung abzuschließen. Die Führungskraft kommt aufgrund ihrer zu dokumentierenden Beobachtungen in den verschiedenen Kompetenzfeldern und zu den vereinbarten Erwartungen zu einer Eignungsaussage "geeignet", "bedingt geeignet" oder "nicht geeignet". Aus der Eignungsaussage ergibt sich, ob die variable Vergütung ganz, zur Hälfte oder nicht ausbezahlt wird.

Neben der individuellen Komponente besteht eine Vergütungsvereinbarung zu einem unternehmensbezogenen Anteil. Als Bemessungsgrundlage gilt das vereinbarte Unternehmensziel im zu bewertenden Kalenderjahr. Das Unternehmensziel wird an der Kennzahl „Ergebnis vor Steuern vor Tilgung und Zinsen stiller Einlagen sowie freiwilliger Rücklagen (z. B. § 340 f HGB)" gemessen.

Die Bewertungssystematik erzeugt keinen Interessenkonflikt zwischen den kontrollierenden und den kontrollierten Organisationseinheiten.

Art und Weise der Gewährung

Die variable Vergütung wird jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres als Einmalzahlung im zweiten Quartal für die Zielerreichung des Vorjahres ausgezahlt.

16.1.4 Vorstandsvergütung

Für die Vorstände ist zu gleichen Teilen eine unternehmensbezogene und auf individuelle Ziele bezogene Ergebniszulage als Einmalzahlung vorgesehen. Die Ziel- und Schwellenwerte werden jährlich mit der Budgetplanung durch das zuständige Gremium des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr festgelegt. Für das Jahr 2014 wurde in 2015 eine Ergebniszulage in Höhe von 50 % der im Plan angesetzten variablen Vergütung ausgezahlt. Darüber hinaus wurde in 2015 die Zahlung eines weiteren Viertels aus der Nachhaltigkeitskomponente für das Jahr 2013 sowie eines weiteren Viertels aus der Nachhaltigkeitskomponente für das Jahr 2012 ausgezahlt.

16.1.5 Einbindung externer Berater

Eine Einbindung externer Berater ist nicht erfolgt (gemäß § 7 Abs. 2 InstitutsVergV a. F.).

16.2 Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Institutsvergütungsverordnung (a. F.)

Geschäftsbereich	Gesamtbetrag der Vergütungen in TEUR	Betrag der variablen Vergütungen in TEUR	Gesamtzahl der aktiv beschäftigten Mitarbeiter	Anzahl der Begünstigten mit variablen Vergütungen
200 Strategie, Steuerung, Personal, Revision, Marktfolge und Spezialkreditmanagement	26.299	345	762	24
300 Marktfolge und Spezialkreditmanagement	20.503	163	377	15
400 Firmenkunden und Treasury	25.902	429	424	45
600 Privatkunden	66.368	605	1.472	47
700 Privat- und Firmenkunden Bonn	19.255	81	443	9
900 Organisation, Finanzen, Controlling sowie Produkt- und Risikomanagement	26.705	563	461	42
Sparkassenmitarbeiter, überlassen an Töchter oder Dienstleister	15.416	74	344	3
Gesamt	200.448	2.260	4.283	185

Tabelle 37: § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV (a. F.)

Die oben genannte Summe beinhaltet neben den bereits erwähnten variablen Vergütungen zusätzliche freiwillige Einmalzahlungen, die aufgrund besonderer Leistungen an ausgewählte Mitarbeiter geflossen sind. Diese belaufen sich in Summe auf 139 TEUR; der individuelle Höchstbetrag beträgt 7,5 TEUR.

Neben den oben genannten Summen wurden als sogenannte "spontane Anerkennung" in Form von Gutscheinen, Blumen etc. (in Summe 94 TEUR; Einzelbeträge von bis zu 0,5 TEUR) sowie als Leistungen oder Geschenke von Dritten (in Summe 131 TEUR; Einzelbeträge von bis zu 1 TEUR) an die Mitarbeiter ausgezahlt.

Erläuterungen zur tabellarischen Darstellung:

Den Geschäftsbereichen 200, 300, 400, 600, 700 und 900 ist jeweils ein Vorstandsmitglied zugeordnet. Die daraus resultierenden Gesamtbeträge bzw. variablen Vergütungsbeträge je Geschäftsbereich werden daher einschließlich der Vergütungsbestandteile des zuständigen Vorstandsmitglieds dargestellt. Die oben genannte Gesamtzahl der Mitarbeiter entspricht nicht dem Mitarbeiterstand per 31.12.2015 sondern berücksichtigt sämtliche Mitarbeiter, die im Laufe des Jahres 2015 eine Vergütung bezogen haben inklusive derer, die zwischenzeitlich ausgeschieden oder in ein ruhendes Arbeitsverhältnis gewechselt sind.

16.3 Nachgeordnete Unternehmen gemäß § 10a KWG

Die Einhaltung der Anforderungen an Vergütungssysteme bezieht sich auch auf nachgeordnete Unternehmen im Sinne des § 10a KWG. Eine Übersicht der relevanten Gesellschaften ist auf Seite 3 des Offenlegungsberichts im Kapitel 1.3 abgebildet. Die dort aufgeführten Unternehmen sind nicht bedeutend im Sinne des § 1 Absatz 2 InstitutsVergV (a. F.). Die Vergütungssysteme der Gesellschaften sind angemessen ausgestaltet und erfüllen die Anforderungen an Vergütungssysteme gemäß § 3 InstitutsVergV (a. F.).

Erklärung des Vorstandes gemäß Artikel 435 Absatz 1 Buchstaben e) und f) CRR

Die Risikomessverfahren umfassen alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken im Unternehmensbereich. Dazu gehören die Identifikation, Bewertung, Steuerung und Dokumentation der Risiken, die operative Überwachung des Erfolgs der Steuerungsmaßnahmen sowie die Überwachung der Effektivität und der Angemessenheit der Maßnahmen des Risikomanagements. Die implementierten Methoden, Modelle und Prozesse sind jederzeit geeignet, ein an der Strategie und dem Gesamtrisikoprofil orientiertes Risikomanagement sicherzustellen.

Folglich erklären wir nach bestem Wissen, dass das bestehende Risikomanagementverfahren der Sparkasse KölnBonn gemäß Artikel 435 Absatz 1 Buchstabe e) CRR hinsichtlich Risikoprofil und Risikostrategie angemessen und wirksam ist. Der vom Vorstand genehmigte Lagebericht enthält unter Abschnitt E. den Chancen- und Risikobericht. Dieser stellt die Risikoerklärung gemäß Artikel 435 Absatz 1 Buchstabe f) dar.

Köln, den 21. Juni 2016

Grzesiek

Dr. Siemons

Voigt

Schramm

Virnich